

**ENGAGEMENT  
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



**SERVICESTELLE**

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

# MATERIAL



**Neuntes bundesweites  
Netzwerktreffen Bürgerhaushalt.  
19. und 20. September 2013**

**Dokumentation**

Im Auftrag des

**BMZ**



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

**Nr.61**

---

# Impressum

## **Herausgeberin:**

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Telefon +49 228 20 717-0  
Telefax +49 228 20 717-150  
info@engagement-global.de  
www.engagement-global.de

Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Telefon +49 228 20 717-0  
Telefax +49 228 20 717-389  
info@service-eine-welt.de  
www.service-eine-welt.de

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 61  
Projektleitung: Mandy Wagner  
Text: Stefanie Wulff  
Redaktion: Mandy Wagner, Svetlana Alenitskaya  
Fotos: Martin Magunia

Umschlaggestaltung und Layout: Fabian Ewert Design  
Druck: Theissen Medien Gruppe GmbH & Co.KG  
100% Recyclingpapier, RecyMago

Bonn, November 2013

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Die Verwendung der männlichen Form im Text schließt die weibliche Form ein.

In Kooperation mit



Neuntes bundesweites  
Netzwerktreffen Bürgerhaushalt.  
19. und 20. September 2013

**Dokumentation**

---

---

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>7</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>8</b>
<b>Ideen zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten</b> .....	<b>11</b>
Ideen zur Weiterentwicklung aus wissenschaftlicher Sicht – Tobias Fuhrmann, Fernuniversität Hagen .....	11
Ideen zur Weiterentwicklung aus der Praxis – Lars Stepniak, Stadt Eberswalde .....	15
<b>Vertiefte Diskussion und Ideensammlung zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten in Arbeitsgruppen</b> .....	<b>18</b>
Arbeitsgruppe 1: Institutionalisierung .....	18
Arbeitsgruppe 2: Die Ziele hinter den Vorschlägen.....	20
Arbeitsgruppe 3: Empowerment vs. Konsolidierung .....	22
Arbeitsgruppe 4: Beteiligungskultur .....	24
Arbeitsgruppe 5: Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte: AG zum Vortrag von Lars Stepniak, Stadt Eberswalde .....	26
Arbeitsgruppe 6: Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte: AG zum Vortrag Tobias Fuhrmann, Fernuniversität Hagen.....	28
<b>Informationen zum internationalen Netzwerk zu Bürgerhaushalten IOPD</b> .....	<b>30</b>
<b>Einführung in den zweiten Tag des Netzwerktreffens</b> .....	<b>32</b>
<b>Diskussion in den Arbeitsgruppen</b> .....	<b>35</b>
Arbeitsgruppe 1: Vorstellung und Diskussion eines Online-Bewertungstools für Bürgerhaushalte .....	35
Arbeitsgruppe 2: Methoden zur Erreichung von Kindern und Jugendlichen – Beispiel: Schülerhaushalte .....	37
Arbeitsgruppe 3 Methoden zur Motivation und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.....	39

---

<b>Abschluss und Ausblick auf das nächste Treffen .....</b>	<b>43</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>44</b>
Programm.....	44
Glossar .....	44
Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt .....	45
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen .....	46



# Vorwort

## Liebe Leserinnen und Leser,

immer mehr Kommunen nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit nutzen das Instrument des Bürgerhaushaltes zur Einbeziehung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Dies belegen die neuesten Zahlen der Studie „Vom Süden lernen! Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation.“, die 2013 vollständig überarbeitet wurde. Bei ihren Untersuchungen haben die Autoren der Studie festgestellt, dass nicht nur die Zahl der Bürgerhaushalte kontinuierlich steigt. Auch die Verfahren verändern sich und entwickeln sich weiter, nicht zuletzt angeregt durch den internationalen Austausch und Dialog der Kommunen untereinander.

Diese Erfahrung machen auch viele Kommunen in Deutschland. Sie stehen vor der Aufgabe, ihren Bürgerhaushalt so weiterzuentwickeln, dass die mit dem Verfahren verfolgten Ziele erreicht werden und der Bürgerhaushalt in die Verwaltungsabläufe integriert wird. Wie diese Aufgabe bewältigt werden kann, welche guten Ideen oder auch welche gescheiterten Versuche es hierzu gibt, war Inhalt der Diskussionen, der Vorträge und des Austauschs auf unserem diesjährigen Netzwerktreffen.

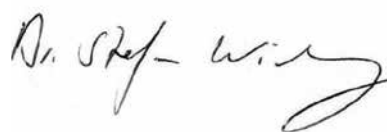
Dabei wurden auch innovative Erfahrungen präsentiert. So zeigt das Beispiel der Stadt Eberswalde, wie eine kleinere Kommune ein einfaches und transparentes Verfahren entwickeln kann, in dessen Mittelpunkt ein analoges Abstimmungsverfahren steht. Neben der Anreicherung von online-gestützten Verfahren mit Elementen wie Bürgerversammlungen oder persönlichen Abstimmungsverfahren stand bei unserem Treffen auch die Organisation der Deliberation im Vordergrund. In den Arbeitsgruppen wurde die Frage diskutiert, wie das Element der Diskussion in den Bürgerhaushaltsverfahren gestärkt werden kann, um zum einen die Fülle der Vorschläge zu verringern

und ihre Qualität zu verbessern und zum anderen, um möglichst alle Bevölkerungsgruppen einzubinden.

Eine ausgeprägte, organisierte und direkte Diskussion ist die Stärke vieler Bürgerhaushalte in Lateinamerika aber auch in Afrika und Nordamerika. Und so wurde in einer Arbeitsgruppe ein Vorschlag zur Erweiterung des gängigen deutschen Verfahrens gemacht, der Elemente des Bürgerhaushaltes in Porto Alegre als Referenz heranzieht – die Einbeziehung von stadtteilgestützten Beiräten zur Beratung der Kommunalverwaltung. Die Stadt Stuttgart hat hierzu schon Erfahrungen gesammelt und in ihrem zweiten erfolgreichen Bürgerhaushalt durch die Einbeziehung von Bezirksbeiräten bereits auf eine stadtteilnahe Struktur zurückgegriffen – eine Idee, die für viele Kommunen interessant sein könnte. Und noch ein gutes Beispiel aus Lateinamerika stieß auf großes Interesse bei den Teilnehmenden: der aus Recife in Brasilien stammende Schülerhaushalt. Er kann eine gute Methode sein, Kinder und Jugendliche stärker auch an der lokalen Haushaltsaufstellung zu beteiligen und diese ansonsten eher schwer zu erreichende Gruppe einzubeziehen.

Im nächsten Jahr können wir ein Jubiläum begehen: das zehnte Netzwerktreffen. Wir freuen uns, Sie dort gemeinsam mit unserem langjährigen Kooperationspartner der Bundeszentrale für politische Bildung, wieder begrüßen zu können. Die dynamische Entwicklung von Bürgerhaushalten rund um den Globus wird uns auch dann wieder begleiten und zur Diskussion anregen.

Bis dahin wünsche ich Ihnen viel Freude mit der vorliegenden Dokumentation



Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

# Einleitung

Rund 40 Teilnehmende aus kommunalen Verwaltungen, aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft kamen am 19. und 20. September zum neunten Netzwerktreffen Bürgerhaushalt im Tagungs- und Bildungshaus CJD in Bonn zusammen. Moderator Ludwig Weitz eröffnete die Tagung, die gemeinsam von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet wurde. Er übergab anschließend das Wort an die Veranstalterinnen.

## Begrüßung von Mandy Wagner (SKEW)



Mandy Wagner

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen im Namen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und Engagement Global zu unserem neunten Netzwerktreffen, das wir gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung durchführen!

Unser Treffen steht dieses Mal unter dem Motto: **„Wie können sich Bürgerhaushalte weiterentwickeln?“** Viele Kommunen haben die Erfahrung gemacht, dass Bürgerhaushalte in der Kritik stehen, weil sie die mit ihnen verbundenen Ziele nicht erreicht haben. Daher äußern viele in Bürgerhaushalten Engagierte den Wunsch, dieses Instrument nun weiterzuentwickeln.

Wir sehen Bürgerhaushalte als ein lernendes Instrument an, das durchaus das Potenzial hat, sich weiter zu entfalten. Auf diesem Treffen möchten wir deshalb Ihnen als Praktiker, Wissenschaftler oder sonst Interessierten und Engagierten die Möglichkeit geben, die weitere Gestaltung von Bürgerhaushalten zu diskutieren und ihre Erfahrungen auszutauschen.

Beginnen möchten wir den heutigen Tag mit zwei Vorträgen, in denen Ideen zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten zum einen aus wissenschaftlicher Sicht und zum anderen aus der Praxis vorgestellt werden. Dazu begrüße ich recht herzlich die beiden Referenten Tobias Fuhrmann von der Fernuniversität Hagen und Lars Stepniak aus Eberswalde. Anschließend wird es viel Raum für den Austausch und die Diskussion untereinander sowohl in AGs als auch während und nach dem Abendessen im informellen Teil geben.

Der morgige Tag behandelt dann vor allem das Thema der **Einbeziehung schwer erreichbarer Gruppen**. Beginnen wird Martina Neunecker von der Goethe Universität Frankfurt mit einem Input zu Methoden zur Einbeziehung von Frauen und Armen in Indonesien.

Danach haben Sie wieder die Möglichkeit, sich in AGs intensiver auszutauschen und an Themen zu arbeiten. In einer AG wird die Stadt Stuttgart ihre Methoden zur Einbeziehung insbesondere der verschiedenen Stadtteile in den Bürgerhaushalt vorstellen. In einer zweiten AG wird es um die Einbeziehung speziell von Kindern und Jugendlichen gehen. Hier wird auch das Konzept der Schülerhaushalte vorgestellt werden. Und schließlich werden wir in einer dritten AG weiter an der Entwicklung eines Online Bewertungstools für Bürgerhaushalte arbeiten. Diese AG, die aus Mitgliedern des Netzwerkes besteht, hat sich bereits zwei Mal dieses Jahr getroffen und wird auch im Rahmen des Netzwerktreffens ihre Arbeit fortsetzen.



Allen Referenten ein herzliches Willkommen! Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Veranstaltung. Vielen Dank!

### Begrüßung von Svetlana Alenitskaya (BpB)



Svetlana Alenitskaya

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung! Ich freue mich, Sie alle hier zu sehen!

Dies ist bereits unser neuntes Treffen und im nächsten Jahr steht unser zehnjähriges Jubiläum an. 2003, als die Bundeszentrale für politische Bildung in das Thema Bürgerhaushalte eingestiegen ist, haben wir uns zunächst mit Berlin-Lichtenberg beschäftigt. Es ist schön zu sehen, dass die Kolleginnen und Kollegen von dort immer noch aktiv dabei sind.

Mittlerweile haben ca. **300 Kommunen** in Deutschland das Thema Bürgerhaushalt auf die eine oder andere Weise diskutiert und über 100 Kommunen setzen sich derzeit aktiv damit auseinander. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung!

Seit 2007 gibt es unsere Internetplattform [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org), die seit diesem Jahr in einem neuen Layout erschienen ist. Wir laden Sie herzlich ein, auf

diese Plattform zu schauen, sich dort zu beteiligen und zu bloggen, um von Ihren Erfahrungen zu berichten.

Vielen Dank an Sie alle für Ihr Kommen, vielen Dank an unseren langjährigen Kooperationspartner Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, an die Referentinnen und Referenten, an Herrn Weitz für die Moderation und an Zebralog, die schon seit einigen Jahren unsere Plattform betreut.

Nun wünsche ich uns allen eine gelungene und erfolgreiche Veranstaltung! Vielen Dank!

### Warm Up



Moderator Ludwig Weitz

**Moderator Ludwig Weitz** begrüßte die Anwesenden ebenfalls herzlich. Dann bat er alle Teilnehmenden, aufzustehen und sich zu Gruppen von je fünf Personen zusammenzufinden, um sich über die **positiven Erfahrungen** während des letzten Jahres in Bezug auf den Bürgerhaushalt auszutauschen. Genannt wurden unter anderem diese Highlights:

- Stuttgart 2013: Beim zweiten Bürgerhaushalt in Stuttgart konnte die Teilnehmerzahl überraschend verdreifacht werden.
- Ein Teilnehmer hatte positive Erfahrungen mit der Beratung von Fraktionen im Hinblick auf den Bürgerhaushalt gemacht.

- Der Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg durfte sich über die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises freuen. Die Initiative wurde für acht Jahre konstante Arbeit an neuen Wegen der Demokratie ausgezeichnet.
- In Bonn überarbeitet man die Erfahrungen des Bürgerhaushalts in einer Begleitgruppe bestehend aus Politik, Verwaltung und Bürgern, um den Prozess qualitativ zu verbessern.
- Die Stadt Eberswalde stellte 100.000 Euro für den Bürgerhaushalt zur Verfügung.
- In Darmstadt verzeichnete man im zweiten Jahr des Bürgerhaushalts eine Verzehnfachung der Stimmabgaben.



In einer weiteren Runde stellte Ludwig Weitz die Frage, welche **guten Ideen** die Teilnehmenden hätten, was sie selbst zu einer **Weiterentwicklung** der Bürgerhaushalte beitragen könnten. Diese Punkte brachten die Anwesenden ein:

- Geduld für ein lahmendes Verfahren
- Multiplikatoren ausbilden und einsetzen
- Budget für die Bürger bereitstellen
- Ziele des Bürgerhaushalts partizipativ definieren
- Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerhaushalte transparent machen
- Stadtviertel stärker einbeziehen
- Bürgerhaushalt mit allen Akteuren gemeinsam weiterentwickeln
- Sparvorschläge der Verwaltung einbeziehen
- Kontinuierlich Rechenschaft ablegen

- Generell den direkten Dialog stärken
- Schüler und junge Erwachsene stärker in den Prozess einbeziehen
- Weniger Internet im Vergleich zum persönlichen Dialog
- Den internationalen Austausch fördern
- Kommunikation mit Stadträten verbessern
- Bürgern verstärkt ortsbezogene Informationen anbieten
- Bürgerhaushalt stärker mit Beteiligungskultur zusammendenken
- Bürgerhaushalt als Computerspiel für Jugendliche entwickeln
- Bürger an der Investitionsplanung beteiligen
- Die Vorschlagenden stärker einbeziehen



# Ideen zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten

Wie können und wie sollten sich Bürgerhaushalte weiterentwickeln, damit sie erfolgreich sind und die mit ihnen verbundenen Ziele auch erreicht werden? Dazu wurden zunächst Erfahrungen und Einschätzungen aus wissenschaftlicher Sicht und aus der Praxis vorgestellt.

## Ideen zur Weiterentwicklung aus wissenschaftlicher Sicht – Tobias Fuhrmann, Fernuniversität Hagen



Tobias Fuhrmann

*Tobias Fuhrmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Politik und Verwaltung der Fernuniversität in Hagen. Er arbeitet dort zurzeit in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekt zu „Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite“ und beschäftigt sich ansonsten schwerpunktmäßig mit Fragen der lokalen Politikforschung und den Möglichkeiten von Demokratie- und Verwaltungsreformen sowie mit Fragen der Bürgerbeteiligung an der kommunalen Haushaltskonsolidierung.*

### Vortrag Tobias Fuhrmann:

Bevor ich etwas zu einer Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte in Deutschland sage, werde ich zunächst auf die Ziele eingehen, die mit Bürgerhaushalten erreicht

werden sollen. Anschließend werde ich einige zentrale empirische Befunde darstellen und auf die bisherigen Erfahrungen mit Bürgerhaushalten eingehen.

Zu den **Zielen des Bürgerhaushalts** gehört ein kontinuierlicher Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung und damit verbunden

- eine zeitliche Verknüpfung des Beteiligungsverfahrens mit dem Haushaltsprozess,
- die Beteiligung der Bürger an der gesamten Kommunalpolitik,
- mehr als die Beteiligung der Bürger an einzelnen Themen.

Der Bürgerhaushalt ist grundsätzlich ein sehr ambitioniertes Beteiligungskonzept. Da sich die Bürgerbeteiligung an der gesamten Kommunalpolitik orientiert, ergeben sich einige grundlegende Schwierigkeiten. Vor allem stellt sich die Frage nach kommunalen Handlungsspielräumen. Konkret kann sich die Bürgerbeteiligung am Haushalt primär auf die sogenannten freiwilligen Aufgaben richten und auf kommunale Investitionsprojekte, also auf Themen, die auch tatsächlich im Entscheidungsbereich der Kommunalpolitik liegen. Nicht wenige Kommunen unterliegen aber aufgrund ihrer Haushaltslage erheblichen Restriktionen der Kommunalaufsicht. Darüber hinaus gibt es gute Gründe dafür, Verfahren der Bürgerbeteiligung themen- und projektbezogen auszurichten und damit möglichst konkret anzulegen, statt sie ganz allgemein an allen möglichen Themen der Kommunalpolitik zu orientieren.

Ein weiteres Ziel lautet: **Information, Sensibilisierung und mehr Transparenz.**

Information und Sensibilisierung lässt sich als ein beidseitiger Prozess verstehen. Auf der einen Seite sollen die Bürgerinnen und Bürger über den

städtischen Haushalt, die Kommunalpolitik und die finanzielle Lage der Kommune informiert werden. Damit verbunden ist das Ziel, den Haushalt und die kommunalen Finanzen für die Bürger transparenter zu machen. Empfehlenswert ist eine Konzentration der Informationen auf wenige aussagekräftige Kennzahlen, etwa Hebesätze, Fehlbeträge, Verschuldung pro Einwohner, auch im interkommunalen Vergleich, und auf größere Haushalts-Positionen, die relativ leicht veränderbar sind, vor allem bei den Investitionen.

Auf der anderen Seite sollen die kommunalpolitischen Repräsentanten und die Verwaltung über die Präferenzen und Interessen der Bürger zusätzliche und insgesamt bessere Informationen erhalten und für die Anliegen insbesondere nicht-organisierter Bürger sensibilisiert werden. Daraus sollen bessere Entscheidungen der kommunalpolitischen Repräsentanten und der Verwaltung resultieren.

Zu den Zielen des Bürgerhaushalts zählen weiterhin **Entscheidungshilfen** durch zusätzlichen Bürger-Input.

In diesem Zusammenhang sollen die Bürger als „Experten vor Ort“ angesprochen werden, die nicht nur eigene Präferenzen äußern, sondern auch ihr spezifisches Wissen und ihre Ortskenntnisse einbringen können.

Das Stichwort „stärkere Responsivität“ weist auf ein weiteres Ziel hin:

Bürgerwissen, aber vor allem Präferenzen der Bürger sollen in stärkerem Maße von den kommunalpolitischen Repräsentanten und der Verwaltung aufgegriffen werden. Auf diese Weise kann die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Kommunalpolitik und der Kommunalverwaltung verbessert werden.

Dementsprechend soll der Bürgerhaushalt auch zu einer **größeren Akzeptanz von politischen Entscheidungen** führen. Dieser Aspekt steht nicht zuletzt dann im Vordergrund, wenn sich die Bürgerbeteiligung auf

Fragen der Haushaltskonsolidierung richtet, die nicht selten mit großen Vorbehalten von Seiten des Rates oder der Bezirksvertretungen verbunden sind und bei denen auch Bürgerproteste nicht unwahrscheinlich sind, z. B. bei der geplanten Schließung öffentlicher Einrichtungen.

Aufgrund der seit langem schwierigen Haushaltslage vieler Kommunen in Deutschland wurde auch erwartet, dass der Bürgerhaushalt einen **Beitrag zur kommunalen Haushaltskonsolidierung** leistet. Durch eine Bürgerbeteiligung auf der Ebene der Gesamtstadt sollten beispielsweise häufig gut organisierte Stadtteil-Interessen relativiert werden, und zugleich sollten die Bürger über die Beteiligung am Haushalt auch in ihrer Rolle als Steuerzahler angesprochen werden und nicht nur als Konsumenten städtischer Leistungen. Aufgrund der stark eingeschränkten Autonomie der Kommunen ist das ein relativ schwierig zu realisierendes Unterfangen.

Eine **Veränderung der politischen Kultur** ist zum einen eine Voraussetzung für das Gelingen eines Bürgerhaushaltes. Bürger, Rat und Verwaltung sollen im Rahmen des Bürgerhaushaltes anders als bisher miteinander interagieren. Auf konzeptioneller Ebene sieht der Bürgerhaushalt eine Öffnung der von der Verwaltung dominierten Haushaltsplanung für die Ergebnisintegration der Bürgerbeteiligung vor.

Zum anderen soll der Bürgerhaushalt als Teil der **Bürgerkommune** zu einer übergreifenden Veränderung der politischen Kultur und des Verhältnisses zwischen Bürgern, Rat und Verwaltung beitragen. In diesem Zusammenhang wird neben einer Öffnung des kommunalpolitischen Prozesses und einer stärker kooperativen Orientierung aller Akteure eine **Stärkung der lokalen Demokratie** insgesamt angestrebt.

Einige empirische Befunde: An Bürgerhaushaltsverfahren beteiligen sich selten mehr als zwei Prozent der Wahlberechtigten. Vielerorts herrscht Unzufriedenheit mit diesen Zahlen, und häufig stehen sie im

Mittelpunkt der medialen Diskussion. Dabei gibt es einen Streit, wie die Beteiligungszahlen zu bewerten sind, und offensichtlich kommen unterschiedliche Akteure, auch in Abhängigkeit von ihren jeweiligen Interessen, zu ganz verschiedenen Bewertungen. Niedrige Beteiligung muss aber nicht sein, sondern sie lässt sich mit entsprechenden Maßnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit oder stärkere Umsetzung der Ergebnisse erhöhen.

Gleiches gilt für die starke **soziale Selektivität der Beteiligung**, die vielerorts zu verzeichnen ist und die zunächst einmal der Normalfall bei offenen Verfahren der Bürgerbeteiligung ist. Auch wenn es nicht um eine Entscheidungsbeteiligung geht, sondern lediglich um die Artikulation von Präferenzen, ist eine geringe soziale Repräsentativität eines Teilnahmeverfahrens in demokratiepolitischer Hinsicht problematisch, weil dadurch bestehende Ungleichheiten möglicherweise weiter verstärkt werden, etwa weil wirtschaftlich schwache gesellschaftliche Gruppen und Jugendliche stark unterrepräsentiert sind. Ohnehin bekommen politisch aktivere Gruppen noch ein zusätzliches Sprachrohr und können sich möglicherweise einen weiteren Vorteil und zusätzlichen Einfluss auf die kommunalen Entscheidungsträger verschaffen. Das Gleiche gilt für die Mobilisierung durch organisierte Interessen, z. B. durch die Beteiligung von Vereinen. Es handelt sich also um einen selektiven Input aus der Bürgerschaft an die kommunalen Entscheidungsträger.

Eine **höhere und sozial ausgewogenere Beteiligung** ist aber durchaus möglich, wenngleich mit relativ hohen direkten Kosten verbunden, vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Kombination mehrerer Teilnahmekanäle. Wenn man der Tendenz entgegenwirken möchte, dass sich bestehende wirtschaftliche Ungleichheiten auch als politische Ungleichheiten niederschlagen, ist es sinnvoll, gezielte Teilnahmeangebote an wirtschaftlich schwächere Bürger zu richten, beispielsweise auf Stadtteil- oder Quartierebene in unterprivilegierten Stadtteilen.



In der Praxis dominieren in vielen Bürgerhaushalten **Detailfragen und kleinteilige Vorschläge**, die sich auf das unmittelbare Lebensumfeld der Bürger beziehen. Alltagsprobleme wie Schlaglöcher und verwahrloste Schultoiletten motivieren viele Bürger am stärksten sich zu beteiligen. Dem sollte die Verwaltung nachkommen. Allerdings ist die Meldung von Schlaglöchern nicht gleichbedeutend mit einer Bürgerbeteiligung an der kommunalen Haushaltsplanung oder an den grundlegenden Fragen der Kommunalpolitik. Dementsprechend sollten solche Detailfragen und der Bürgerhaushalt weitgehend voneinander getrennt werden. Beispielsweise durch ein professionelles **aktives Anliegen-Management**, wie dies in vielen Städten schon erfolgreich institutionalisiert worden ist. Das kann die Bürgerzufriedenheit verbessern und bietet der Verwaltungsspitze eine Möglichkeit, sich als bürgernah zu profilieren. Hier tritt der Bürger jedoch eher als Kunde der Kommunalverwaltung in Erscheinung. Die demokratiepolitischen Potenziale eines aktiven Anliegen-Managements sind dementsprechend eng begrenzt im Vergleich zu den Zielen des Bürgerhaushalts, auch weil die Bürger die Anliegen an die Verwaltung richten und der Rat außen vor bleibt.

Eine **bessere Diskussionsqualität** mit einem sachlichen Austausch von Argumenten und der Bereitschaft, nach der insgesamt besten Lösung zu suchen, lässt sich am ehesten in kleinen Gruppen realisieren. In Online-Foren mit vielen Teilnehmern oder auf gut

besuchten Bürgerversammlungen ist es eher unwahrscheinlich, dass gute Diskussionen zustande kommen.

Insbesondere, wenn die Bürger um Vorschläge zur **Haushaltskonsolidierung** gebeten werden, lautet die Reaktion der Verwaltung häufig: „Der Vorschlag wird schon praktiziert, ... ist rechtlich nicht möglich, ... die Kommune ist nicht zuständig, ... nicht praktikabel.“ Die inhaltliche Komplexität des Haushalts setzt einer eng auf die Konsolidierung ausgerichteten Bürgerbeteiligung enge Grenzen.

Wichtiger sind aber die politischen Probleme bei der Umsetzung von Beteiligungsergebnissen. Zum einen sind die kommunalpolitischen Repräsentanten kaum bereit, Macht an die Bürger abzugeben. Zum anderen stellt sich für die Kommunalpolitiker tatsächlich die Frage, wie sie politisch mit den Beteiligungsergebnissen umgehen sollen, angesichts der Teilnehmerzahlen, der sozialen Selektivität der Beteiligung und der Tatsache, dass sie als gewählte Repräsentanten über eine höhere demokratische Legitimation verfügen.



Von zentraler Bedeutung ist daher **die politische Bereitschaft der repräsentativen Kommunalpolitik**, sich auf eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung einzulassen und die Ergebnisse ernst zu nehmen und zumindest teilweise umzusetzen. Selbst ein gut organisiertes Beteiligungsverfahren kann seine Ziele nicht erreichen, wenn die kommunalpolitischen Entscheidungsträger dazu nicht bereit sind. Dies setzt auch die

Bereitschaft voraus, in einem gewissen Maße Steuerungsverluste hinzunehmen. Bürgerbeteiligung ist dementsprechend ein Lernprozess, dessen Erfolg von der Bereitschaft und Fähigkeit, gemeinsam zu lernen, abhängt.

Zusammenfassend kann man sagen: Der „klassische“ Bürgerhaushalt ist besonders ambitioniert und voraussetzungsvoll. Der Erfolg hängt in starkem Maße von günstigen Kontextbedingungen ab. Sind diese Rahmenbedingungen nicht gegeben, erscheint es grundsätzlich sinnvoller, das Beteiligungsverfahren durch die Bereitstellung eigener Budgets vom übergreifenden Haushaltsprozess zu entkoppeln. Auf diese Weise könnten dann auch schrittweise Perspektiven für weitergehende und anspruchsvollere Beteiligungsverfahren eröffnet und der hierfür nötige Wandel der politischen Kultur begünstigt werden, etwa durch positive Erfahrungen im Umgang mit Bürgerbudgets auf Quartiersebene oder für einzelne kommunale Projekte.

#### **Fragen zum Vortrag von Tobias Fuhrmann:**

In der anschließenden Fragerunde merkte ein Teilnehmer an, dass Politiker in Bürgerhaushaltsprozessen keine tatsächliche, sondern höchstens Darstellungsmacht abgeben würden.

**Tobias Fuhrmann** stimmte zu, wenn Politiker tatsächlich **freiwillig Macht abgeben** müssten, würden solche Verfahren vermutlich scheitern. Wenn Politiker jedoch Anreize hätten, sich insgesamt ihre Macht zu sichern oder die eigene Wiederwahl, dann sähe es anders aus. Was jedoch nicht funktioniere, sei ein unverbindlicher Konsolidierungsprozess, bei dem die Bürger die Politik lediglich beraten. Eine gewisse Bereitschaft zur Offenheit der Kommunalpolitik sei unabdingbar. Ein möglicher Steuerungsverlust, z. B. bei Bürgerbudgets, müsse in Kauf genommen werden und der Wille zu einem politischen Kulturwandel vorhanden sein.

Eine Teilnehmerin merkte an, dass dieser Kulturwandel eigentlich schon in der Verwaltung beim Umgang mit und bei der Prüfung von Bürgervorschlägen ansetzen müsse. Außerdem fragte sie, wie sich Bürgerbudgets in Zeiten knapper Kassen auflegen lassen könnten.

**Tobias Fuhrmann** meinte in Bezug auf kommunale Handlungsspielräume: „Es gibt Situationen, da sind solche Formen der Bürgerbeteiligung in der Tat nicht möglich. Die finanzielle Situation vieler Kommunen muss zuvor geklärt werden, und das ist auch eine Verantwortung von Bund und Ländern. Wenn die Bedingungen zu restriktiv sind, ist es besser, auf diese Form der Beteiligung zu verzichten, statt etwas zu versprechen, das man nicht halten kann.“

Eine weitere Teilnehmerin merkte an, dass es doch aus **Entwicklungsländern gute Beispiele** gäbe, wie man in Zeiten knapper Kassen durch Bürgerbeteiligung das Beste für die Mehrheit der Menschen erreichen könne.

**Tobias Fuhrmann** wies auf grundsätzlich andere Bedingungen deutscher und beispielsweise brasilianischer Kommunen hin, z. B. was die Gestaltungsautonomie betreffe.

## Ideen zur Weiterentwicklung aus der Praxis – Lars Stepniak, Stadt Eberswalde



Lars Stepniak

*Lars Stepniak ist Mitarbeiter der Eberswalder Stadtverwaltung und studiert Regionalmanagement an der Hochschule Eberswalde. In der Kämmerei ist er Ansprechpartner für die Doppik und das Projekt Bürgerhaushalt. An der Hochschule ist Lars Stepniak außerdem studentischer Vizepräsident.*

### Vortrag von Lars Stepniak

Ich möchte Ihnen heute unser Eberswalder Bürgerbudget vorstellen. Wir haben uns ein einfaches Verfahren zum Ziel gesetzt, damit wirklich jeder daran teilnehmen kann. Im Jahr 2008 hatte Eberswalde bereits ein klassisches Bürgerhaushaltsverfahren durchgeführt. Seitdem konnten die Bürger bei Investitionen mitreden und Vorschläge machen, um Maßnahmen zu streichen, hinzuzufügen oder zeitlich zu verschieben. Eberswalde hat 40.000 Einwohner, und es beteiligten sich nicht einmal 20 Personen an diesem Verfahren.

Das Verfahren war offensichtlich zu undurchsichtig für die Bürger. Daher haben wir uns in einem zweiten Schritt bemüht, den Haushalt etwas verständlicher zu machen, doch trotzdem kamen nur sehr wenige Vorschläge von den Bürgern. Daher haben wir nach anderen Beispielen in verschiedenen Städten geschaut, etwa in Porto Alegre, Berlin-Lichtenberg, Potsdam, Solingen und Essen. Bernau bei Berlin,

das von der Größe her mit uns vergleichbar ist, hat ein „Bürgerbudget“ eingeführt, dessen einfaches Verfahren uns gut gefallen hat.<sup>1</sup> Allerdings können dort die Bürger letztlich auch nur Vorschläge machen und nicht wirklich selbst entscheiden.

Wir haben dann verschiedene Modelle erarbeitet, wie ein Bürgerhaushalt funktionieren könnte:

Die Varianten waren

- Bürgerhaushalt abstrakt
- Bürgerhaushalt Investition
- Bürgerhaushalt Konsolidierung
- Bürgerbudget

An einem „**Tag der Entscheidung**“ wurden die Modelle dem Rat der Stadt vorgestellt und wir haben uns gemeinsam für ein Modell entschieden.

Was wollten wir erreichen mit unserem Bürgerhaushalt? Er sollte einfach sein, damit jeder daran teilnehmen kann, auch ohne viel Vorwissen. Wir wollten eine bürgernahe Entscheidung und sichtbare Effekte. Mit dem Bürgerbudget, für das wir uns schließlich entschieden haben, werden nun wirklich Maßnahmen umgesetzt, die sichtbar sind, z. B. die Begrünung des Marktplatzes. Wir wollten keine Vorschläge durch Gremien aussortieren, sondern eine **direkte demokratische Entscheidung**. Das haben wir in einer Satzung festgeschrieben.

Beim ersten Verfahren 2012 wurden 94 Vorschläge von 76 Personen eingereicht, 2013 waren es 91 Vorschläge und 75 Einreichende. Bei der Abstimmung letztes Jahr waren über 300 Leute anwesend, dieses

Jahr erwarten wir 600 Personen, damit wären wir schon bei zwei Prozent der Wahlberechtigten.

Bei der Evaluation des Verfahrens von 2012 haben wir festgestellt, dass von den 100.000 Euro, die bereitgestellt wurden, 75.000 Euro an einen Sportverein gingen. Viele Bürger meinten daraufhin, dass es wünschenswert wäre, wenn nicht nur Vereine profitieren, sondern wenn auch Vorschläge einzelner Bürger zur Geltung kämen.

Deshalb darf ein Vorschlag nun nur noch **maximal 15.000 Euro** kosten, damit mindestens sieben davon umgesetzt werden können. Vereine können darüber hinaus nur noch alle drei Jahre teilnehmen, wenn sie einmal Geld bekommen haben.

Unser Bürgerbudget funktioniert relativ einfach: Sammlung von Vorschlägen, Prüfung durch die Verwaltung und Abstimmung. Vorschläge können auf verschiedenen Wegen eingereicht werden: Per E-Mail, Telefon, Kontaktformular im Internet, persönlich oder per Brief. 75 Prozent gehen bisher über E-Mail und Internet ein.

Die Fachabteilungen prüfen dann alle Vorschläge, sortieren aber nichts inhaltlich aus, sondern checken, ob alle Regeln befolgt wurden: Einhaltung der Frist, die Person muss aus Eberswalde stammen und mindestens 14 Jahre alt sein, die Dreijahresfrist für Vereine, Umsetzbarkeit (keine Bundesangelegenheiten o.Ä.) und maximale Kosten von 15.000 Euro.

<sup>1</sup> Die Stadt Bernau bei Berlin hatte ihren Bürgerhaushalt auf dem achten Netzwerktreffen 2012 vorgestellt. Dies kann in der Dokumentation des Netzwerktreffens nachgelesen werden: Achstes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt, Material Nr. 56, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn September 2012; abrufbar unter <http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html>.





Zur Abstimmung müssen die Bürger **persönlich kommen**. Wir haben uns bewusst gegen das Internet entschieden. Auf der Versammlung geht es um das Gemeinschaftsgefühl, und wir haben auch die Chance, die Bürger allgemein über den Haushalt zu informieren. Die Bürger, die zur Abstimmung kommen, erhalten dann fünf Stimmtaler, die man in Vasen, die für die verschiedenen Vorschläge stehen, einwerfen kann. Die Vorschläge mit den meisten Talern werden dann umgesetzt – ein ganz einfaches Verfahren.



#### Fragen zum Vortrag von Lars Stepniak:

Bei der anschließenden Fragerunde wollte eine Teilnehmerin wissen, wie die Vorschläge bekannt gemacht werden. Lars Stepniak sagte, die Vorschläge und das Verfahren würden per Internet, durch das Amtsblatt und die örtlichen Medien vorgestellt. Ein Teilnehmer merkte kritisch an, dass Vereine ihre Mitglieder leichter mobilisieren und damit die Abstimmung beeinflussen können.



**Lars Stepniak** stimmte zu, daher hat man in Eberswalde die Summe herunter gesetzt und die Dreijahresfrist für Vereine eingeführt. Ein Teilnehmer schlug vor, Vorschläge, die über 15.000 Euro liegen, aber vielleicht auch wertvoll sind, in die allgemeine Haushaltsberatung aufzunehmen.

**Lars Stepniak** erläuterte, dass die Fraktionen schon jetzt über alle Vorschläge informiert werden.

Nach dem Vortrag von Lars Stepniak und dem Austausch darüber machten die Teilnehmenden eine Kaffeepause.

# Vertiefte Diskussion und Ideensammlung zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten in Arbeitsgruppen

Nach den Vorträgen lud Moderator Ludwig Weitz die Anwesenden ein, sich in kleineren Arbeitsgruppen tiefer mit verschiedenen Aspekten zum Thema „Bürgerhaushalt – bis hierher und wie weiter?“ zu beschäftigen. Insgesamt wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet, die zu spezifischen Themen diskutierten, die von den Teilnehmenden vorgeschlagen wurden.

Zu den Vorträgen von Tobias Fuhrmann und Lars Stepniak diskutierte je ein Thementisch, außerdem wurde zu den Themen „Ziele hinter den Vorschlägen finden“, „Beteiligungskultur“, „Empowerment vs. Konsolidierung“ und „Institutionalisierung“ gearbeitet.

## Arbeitsgruppe 1: Institutionalisierung



In der Arbeitsgruppe stand die Frage zur Debatte, ob eine Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte in Deutschland eine Institutionalisierung, d. h. **rechtliche Verankerung** benötigt. Dabei wurden zunächst verschiedene Länder angeführt, in denen eine solche gesetzliche Implementierung bereits stattgefunden hat. Als **internationale Vorreiter** wurden Neuseeland und die Schweiz genannt. In beiden Ländern gibt es seit langem Verfahren, die eine Partizipation der Bürger ermöglichen und insbesondere in der Schweiz

müssen zu großen finanziellen Entscheidungen ab einer gewissen Summe Volksentscheide durchgeführt werden.

Auf **nationaler Ebene** diente vor allem die Stadt Heidelberg als beispielhaftes Projekt, aber auch Berlin als Bundesland hat verpflichtende Regelungen zur Partizipation der Bürger. Als eher negatives Beispiel wurde NRW erwähnt, in dem es formal ein Verfahren gibt, bei dem den Bürgern eine Woche die Möglichkeit gegeben werden muss, Einwände gegen die Haushaltsplanung vorzutragen, dies aber praktisch kaum genutzt wird. Auch wurde mehrfach Artikel 3 des Baugesetzbuchs erwähnt, der eine Beteiligung der Öffentlichkeit an neuen Bauvorhaben verpflichtend vorsieht.

Es wurde von verschiedenen Teilnehmern kritisch angemerkt, dass häufig eine starke Diskrepanz zwischen **gesetzlichen Vorschriften** und der **Umsetzung in die Realität** bestehe. Das Problem sahen die Diskutanten vor allem im Gestaltungswillen und -vermögen bzw. der gesamten Gestaltungskultur der einzelnen Kommunen, da sie die entscheidenden Akteure bei der Umsetzung der rechtlichen Vorschriften sind.

Es kam die Frage auf, ob nicht durch die Einführung eines Zwangselements das Niveau der Beiträge sinken würde. Dies wurde damit begründet, dass die Bürgerhaushalte dann durchgeführt werden müssten, anstatt dass gründliche Überlegungen dahinter stünden.

Dem entgegengestellt wurde der Gedanke, dass Zwang auch zu einer Art Wettbewerb unter den Kommunen führen könnte, da einzelne sicherlich versuchen würden, ein solches Verfahren möglichst

gut umzusetzen, um den Bedürfnissen des Bürgers gerecht zu werden.

Als ein weiteres Argument für eine Institutionalisierung wurde angeführt, dass eine gesetzliche Verankerung einem möglichen „Aussterben“ der Idee Bürgerhaushalt entgegensteht. Diese Implementierung würde eine **Absicherung** bedeuten und Kommunen zwingen, solche Projekte weiterzuführen und sie nicht einzustampfen.

Dagegen wurde vorgebracht, dass eigentlich von Seiten der Bürgerschaft genug Druck herrscht, damit dies nicht geschieht und in Orten, in denen eine aktive Gemeinde einen Bürgerhaushalt wünscht, dieser auch eingeführt wird. Nach wie vor würden mehr Bürgerhaushalte eingeführt als abgeschafft.

Als weiterer kritischer Punkt wurde angemerkt, dass eine solche gesetzliche Regelung für die Verwaltung ja auch immer die Gefahr berge, dass sie verklagt werden kann. Gerade in finanziellen Fragen sei dies eine entscheidende Problematik.

Es wurde die Befürchtung geäußert, dass die Möglichkeit der Anklage dazu führen könne, dass Blockaden auf Seiten der Verwaltung entstünden und **lediglich formelle Verfahren** durchgeführt würden, die keinerlei Raum für Kreativität übrigließen. Auch würden die dialogischen und austauschenden Momente, die bisher in Bürgerhaushalten vorherrschen, vermutlich abgeschwächt werden.

Einig war man sich darüber, dass eine rechtliche Regelung einen Fortschritt in Richtung Transparenz und Offenheit von Verwaltung und Politik bedeuten würde, da diese dann ihre Haushaltsplanungen nicht nur offenlegen, sondern auch den Bürgern vermitteln müssten.

In der zweiten Hälfte der Gruppenarbeit wurde vermehrt ein Fokus darauf gelegt, wo man für eine gesetzliche Institutionalisierung ansetzen müsste und

könnte. Festgestellt wurde, dass ein solcher Vorschlag nicht auf Bundesebene eingebracht werden könne, sondern auf **Kommunal- oder Länderebene** verankert sein müsse. Als gute Variante erschien den Beteiligten eine Implementierung „globaler“ oder übergreifender Regeln auf Länderebene und eine individuell gestaltbare Verankerung in kommunalen Satzungen, in denen dann auch kreative oder speziellere Regelungen festgelegt werden können. Insbesondere Detailfragen sollten so von den Bürgern vor Ort geklärt und festgesetzt werden können.

Einigkeit herrschte darüber, dass auf Landesebene ein gewisses Grundniveau der Bürgerbeteiligung festgelegt werden müsste. Auf kommunaler Ebene sollte dann vor allem die Verpflichtung, den Haushalt offenzulegen und auch lesbar zu machen, festgesetzt werden. Zudem sollten genaue Verfahrensregeln definiert werden.

Bei der Frage, wie Bürgerhaushalte in der Politik institutionalisiert werden könnten, standen verschiedene Varianten zur Debatte: Zum einen wurde die Möglichkeit eines **Volksentscheids** genannt. Zum anderen der Start einer **Petition** oder die Aktivierung persönlicher politischer Verbindungen oder Kanäle. Die Möglichkeit, sich über **Enquete-Kommissionen** einzubringen, wurde eher negativ bewertet, da deren Vorschläge häufig eine sehr lange Umsetzungszeit hätten.

Nach der Implementierung sollten auf jeden Fall Vorher/Nachher-Vergleiche gezogen werden, um zu sehen, ob die gewünschten positiven Effekte auch tatsächlich eingetreten seien.

**Die Ideen/Hinweise zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten wurden von der AG 1 wie folgt zusammengefasst:**



Wie kann man Bürgerhaushalte rechtlich stärker verankern, damit sie nicht informell bleiben?

- Es gibt zwei Möglichkeiten der Verankerung: im Landesrecht oder in der kommunalen Satzung.
- Im Gemeinderecht sollten ein paar allgemeine Regeln festgelegt werden, die Details sollten dann kommunale Satzungen klären.
- Es ist zu bedenken, dass dies zu Beteiligung nach Vorschrift führen könnte.
- Eine rechtliche Verankerung führt zu mehr Rechtssicherheit für Verwaltungen, wenn sie ein solches Verfahren einführen. Mehr Verwaltungen würden sich mit dem Thema befassen.
- Beispiele existieren schon in Berlin und NRW, Vorreiter ist aber auch Neuseeland, wo Bürger schon seit mehreren Jahren systematisch beteiligt werden.

**Arbeitsgruppe 2:  
Die Ziele hinter den Vorschlägen**

In dieser Arbeitsgruppe wurde diskutiert, wie und durch welches Verfahren man bei Bürgerhaushalten den Umgang mit der oft großen Anzahl an Vorschlägen erleichtern könne. In der Praxis gingen innerhalb der Sammlungsphase oftmals viele ähnliche Vorschläge ein. Die Herausforderung sei dabei, ob und nach welchem Schema die Verwaltungen inhaltlich kategorisierend vorgehen könnten, um mit der Menge an Vorschlägen besser umgehen zu können.

In dieser Arbeitsgruppe wurde diskutiert, wie und durch welches Verfahren man bei Bürgerhaushalten den Umgang mit der oft großen Anzahl an Vorschlägen erleichtern könne. In der Praxis gingen innerhalb der Sammlungsphase oftmals viele ähnliche Vorschläge ein. Die Herausforderung sei dabei, ob und nach welchem Schema die Verwaltungen inhaltlich kategorisierend vorgehen können, um mit der Menge an Vorschlägen besser umgehen zu können.



Am bisherigen Verfahren von Bürgerhaushalten, bestehend aus der Sammlung von Vorschlägen mit anschließendem Ranking, werde kritisiert, dass für den Erfolg eines Vorschlags entscheidend sei, wer sich am besten organisiere und am besten mobilisieren könne (Lobby). Die Entscheidungsfindung laufe somit derzeit nicht über Verhandlungsprozesse ab.

Gerade bei einer großen Zahl an Vorschlägen, könne es jedoch sinnvoll sein, Einzelvorschläge **thematisch zu clustern**. Zudem stelle sich die Frage, in welchem Rahmen Vorschläge vor der Abstimmung vertieft diskutiert werden könnten. Im bisherigen Ablauf fehlten die Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit der Ideen und der Austausch über dahinter liegende Ziele. Es stelle sich zudem die Frage, wie einzelne Ideen in den Zusammenhang eines **übergeordneten Entwicklungsziels**, beispielsweise für die gesamte Stadt und langfristig angelegt, gebracht werden könnten.

Der Bürgerhaushalt solle auch folgende Fragen bedenken: Wo steht unsere Gemeinde im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung? Welche Ressourcen haben wir? Werden diese genutzt/ überstrapaziert? Was müssen wir tun, um den Zustand zu erhalten/ zu erreichen?

Der Bürgerhaushalt solle sich also vermehrt mit der Zukunftsfähigkeit des Haushalts beschäftigen.

Als Beispiel wurde folgende Situation skizziert: Angenommen mehrere Bürger fordern, unabhängig voneinander, den Ausbau der Radwege in ihrer direkten Umgebung. Diese Ideen werden als Einzelvorschläge formuliert. Nach der Meinung der Diskutanten wäre es nun im nächsten Schritt sinnvoll, auch konträre Vorschläge, wie beispielsweise von Autofahrern und Fußgängern, zu einem Themenbereich zunächst im Quartier **zu bündeln, zu diskutieren** und anschließend auf der stadtweiten Ebene zu einem **„Gesamtkonzept“** zu bearbeiten, um so die Planung besser abzustimmen.

Dabei müsse es in einer kleinen Gemeinde andere Konzepte als in Großstädten geben. Als positives Beispiel wurden die Erfahrungen in **Stuttgart** angeführt. Dort seien für die 23 Stadtbezirke offizielle Infoveranstaltungen zum Bürgerhaushalt abgehalten worden. Ein Stadtbezirk habe daraufhin beschlossen, Folgetreffen zu organisieren. Auf diesen Treffen seien dann Vorschläge gesammelt, diskutiert und priorisiert worden. Im Vergleich zu anderen Stadtbezirken wäre

hier eine einmalig hohe Beteiligung erreicht worden. Die eingereichten Vorschläge hätten beim Voting sehr gute Ergebnisse erzielt, und es sei ein reger Austausch zu den Vorschlägen innerhalb des Bezirks geführt worden.



Auch Erfahrungen aus **Porto Alegre** könnten nach Meinung der Arbeitsgruppe Eingang finden. Dort gebe es Arbeitsgemeinschaften zu den einzelnen Themengebieten (Bildung, Städtebau, etc.), die alle Vorschläge zu einem Thema sammeln, um einen Interessenausgleich zu erreichen mit dem Ziel, die Gesamtstadt im Blick zu behalten.

So werde bei den Treffen solcher thematischen Arbeitsgruppen auf das Wissen der Aktionsbündnisse und Bürgerinitiativen zurückgegriffen werden können, indem man diese, zusammen mit externen Experten, Verwaltung, Politik und Bürgern, einbeziehe.

Dieses neue Phasenmodell stellte die Arbeitsgruppe wie folgt vor:

1. Bestandsaufnahme/Problemsammlung im Bezirk,
2. Vorschläge einreichen (Bezirksebene),
3. Intensiver Austausch (evtl. in thematischen Gruppen): Bezirksbeirat, Sachkundige, Politik, Verwaltung und Bürger setzen sich mit Prioritäten und „Gesamtkonzept“ auseinander,
4. Priorisierung (Bezirksebene),
5. Voting (stadtweit).

**Herausforderungen bei der Umsetzung** dieses Verfahrens könnten im **hohen Anspruch** an Bürger und dem **hohen Organisationsaufwand** liegen. Zur Umsetzung dieser Idee müssten Räumlichkeiten, Moderatoren etc. zur Verfügung gestellt werden.

**Die Ideen/Hinweise zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten wurden von der AG 2 wie folgt zusammengefasst:**



- Das bisherige Verfahren des Bürgerhaushalts basiert auf möglichst vielen Vorschlägen und einem Voting. Lobbyarbeit durch Vereine usw. lassen übergeordnete Ziele in den Hintergrund treten.
- Ein Beispiel für eine Weiterentwicklung könnte Stuttgart sein, wo man die Menschen in den Stadtbezirken erreicht und eine Auseinandersetzung über die Ziele stattfindet. Dann erst kommt das Voting.
- Vorgeschlagen wird deshalb ein neues, erweitertes Verfahrensmodell: Bestandsaufnahme (auf Quartiersebene); Diskussion über Vorschläge mit Politik, Verwaltung und sachkundigen Bürgern; Priorisierung; dann geht alles noch einmal an ein Bürgergremium ähnlich wie in Porto Alegre, das einen stadtweiten Blick auf die Vorschläge wirft; Voting.
- Das führt zu mehr Qualität der Vorschläge in Richtung einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

### Arbeitsgruppe 3: Empowerment vs. Konsolidierung



Arbeitsgruppe 3 diskutierte die Problematik, dass es seit einiger Zeit mehrere **verschiedene Entwicklungen und Modelle** gibt, die alle unter dem Oberbegriff „Bürgerhaushalt“ zusammengefasst werden, und überlegte, wie man die Begrifflichkeiten und Prozesse besser voneinander abgrenzen könnte. Erfahrungen aus der eigenen Stadt brachten u. a. Vertreter aus Köln, Gütersloh, Jena und Stuttgart ein. Vor allem Vorschläge zum Sparen (**Konsolidierung**) auf der einen Seite und Vorschläge für **Investitionen** („Projekte starten“, „Gestaltungshaushalt“) auf der anderen Seite müssten nach Meinung der Teilnehmenden klarer voneinander getrennt und unterschieden werden. Viele der Anwesenden hätten in der Vergangenheit mit „Mischformen“ gearbeitet: Bürger hätten sowohl Vorschläge für Einsparungen als auch für Ausgaben machen können. Vor allem in Stuttgart hätte sich eine sehr offene Form der Ideensammlung von Bürgern bewährt. Trotzdem war sich die AG einig, dass der Gedanke, die Spar- und Ausgabenverfahren zu trennen, erwägenswert bleibt.

Ein Teilnehmer meinte, die Stärke des **ursprünglichen Gedankens aus Brasilien** sei es gewesen, Geld in arme Stadtviertel zu geben, Menschen zu mobilisieren und politisch zu aktivieren und ihnen Macht zu geben, ihre Umgebung zu verändern („**Empowerment**“). Sparvorschläge einzureichen sei dagegen ein ganz anderer Ansatz, zumal sich vielerorts auch noch klassische Anliegen in beiden Formen mischten. Wenn Bürger

im Laufe von Bürgerhaushaltsverfahren Anliegen wie eine defekte Infrastruktur, Vermüllung usw. melden würden, sollten, so die Aussage, diese gleich an die richtige Stelle in der Verwaltung weitergeleitet und aus dem Bürgerhaushaltsverfahren herausgenommen werden.

Egal sei, so die Arbeitsgruppe, um welches Verfahren es sich handle: Die Motivation für den einzelnen Bürger mitzumachen, habe immer auch mit dem Verfolgen von Eigeninteressen zu tun. Man müsse etwas davon haben, sich zu beteiligen. Das sei bei Investitionen natürlich einfacher, da Geld zur Verfügung stünde, mit dem etwas Konkretes gestaltet werden könne. Auch vom Sparen könne der einzelne etwas haben, z. B. weil die eigene Kommune mittelfristig wieder handlungsfähig werde. Doch dazu brauche es mehr Erläuterungen und ein „Um-die-Ecke-denken“.

Viele Bürgerhaushalte in NRW, z. B. in Essen oder Solingen, seien erst unter dem **Zwang zu konsolidieren** entstanden. Den Gedanken dahinter sieht die AG in Folgendem: Wenn ich die Menschen von vornherein beim Sparen einbinde, fällt es hinterher leichter, die unpopulären Maßnahmen umzusetzen. Die Frage sei, was die Kommune wolle und tun könne: Die Bürger in Gestaltungsprozesse einbinden oder – wenn es keinen anderen Handlungsspielraum mehr gibt – sie beim Sparen zu beteiligen. Wenn man sie am Konsolidierungsprozess beteiligen wolle, erscheine es notwendiger, einen städtischen Haushalt überhaupt zu erklären. Außerdem sei es erstrebenswert, verstärkt wirkungsorientiert vorzugehen und die Bürger zu informieren, welche längerfristigen finanziellen Auswirkungen sowohl Investitionen als auch Sparmaßnahmen hätten.

Vor allem bei Konsolidierungsprozessen werde es vielfach als problematisch angesehen, dass die Beteiligung nicht repräsentativ sei. Wer für seine Interessen die meisten Stimmen mobilisieren könne, bei dem werde weniger gespart als bei anderen – das wurde in der Gruppe kritisch gesehen.

Als ein mögliches Zukunftsmodell diskutierte die Runde auch die Einrichtung von Bürgerfonds, über deren Verwendung die Bürger direkt entscheiden könnten und in die neben städtischen Mitteln möglicherweise auch Gelder von anderer Seite fließen könnten, z. B. von Stiftungen.

### Die Ideen/Hinweise zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten wurden von der AG 3 wie folgt zusammengefasst:



- Wer bei Verfahren von Bürgerbeteiligung mitmacht, muss am Ende einen persönlichen Nutzen für sich selbst erkennen können. Dieser Nutzen sollte aufgezeigt werden.
- Konsolidierungsverfahren sollten von Gestaltungsverfahren getrennt behandelt werden.
- Anliegen-Management ist notwendig: Wenn in Bürgerhaushaltsverfahren einzelne Anliegen wie kaputte Haltestellen usw. eingebracht werden, müssen sie an die richtige Stelle weitergeleitet werden.
- Konsolidierungshaushalt braucht andere Verfahren (mehr Information/Umsetzbarkeit/Repräsentativität/Wirkungsorientierung) als ein Gestaltungsverfahren.
- Bürgerfonds für Gestaltungshaushalt einrichten, in den neben städtische Mittel auch andere Mittel, z. B. von Stiftungen, fließen können.

## Arbeitsgruppe 4: Beteiligungskultur



Die Teilnehmenden tauschten sich darüber aus, welche Beteiligungskultur, etwa in Form von Ritualen und Formen, es in den Kommunen gibt. Sie diskutierten, ob der Bürgerhaushalt dafür einen Rahmen geben kann und wie über den Bürgerhaushalt die Beteiligungskultur insgesamt gefördert werden könnte. **Konkret fragte sich die Gruppe:**

- Wie kann man die Beteiligten besser vernetzen?
- Wie mobilisiere ich mehr Menschen?
- Welche Informationskanäle kann ich verwenden, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen?
- Wie kann ich Bürger in den gesamten Prozess einbinden?
- Wie beteilige ich den Bürger? Wie kann ich Menschen dazu bewegen, sich insgesamt zu beteiligen – auch an Themen, die sie nicht persönlich betreffen?
- Wie erreicht man es, dass der Bürgerhaushalt nicht nur eine Einzelmaßnahme von vielen bleibt? Wie funktioniert die Verzahnung mit anderen Bereichen, z. B. der Stadtentwicklung?
- Welche Ansprüche habe ich als Bürger an den Bürgerhaushalt?
- Wie kann ich überhaupt Beteiligung erreichen?

Die Teilnehmenden brachten aus Ihren jeweiligen Kommunen verschiedene Erfahrungen ein.

Der **Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg** beispielsweise biete eine breite Palette an Themen an und sei an

absoluten Beteiligungszahlen gemessen sehr erfolgreich. 2012 hätten Workshops zur Evaluierung der bisherigen Arbeit stattgefunden, auf deren Grundlage folgende Verbesserungen beschlossen worden seien:

- Ab 2013 gebe es ein neues Verfahren: Vorschläge würden nicht mehr anonym gemacht, sondern alle Personen, die Vorschläge machen, würden eingeladen, mit einem Begleitgremium, bestehend aus Vertretern von Politik und Verwaltung, zu diskutieren. So wolle man mehr Beteiligung auf Augenhöhe erreichen. Außerdem habe die bisherige hohe Zahl an Vorschlägen die Verwaltung überfordert.
- Bisher hätten die Bürger lediglich Vorschläge gemacht und die Umsetzung den Politikern überlassen. Nun würden sich aber viele wünschen, in den gesamten Prozess eingebunden zu werden. Daher sollen dialogische Prozesse gefördert werden – mehr „Face to Face“ und weniger reine Online/Internetbeteiligung.
- Ein Kiez-Fonds über 7000 Euro sei eingerichtet worden.
- Da sich Berlin-Lichtenberg mit einer Vielzahl von Einzelvorschlägen konfrontiert sehe, werde diskutiert, ob ein Einzelvorschlag künftig die Unterstützung von fünf bis zehn Personen benötigen solle. Zu diesem Thema werde es im November einen Workshop geben.

Während beim **Stuttgarter Bürgerhaushalt** nur die besten 100 Vorschläge von der Verwaltung kommentiert würden, gebe es in der **Stadt Maintal** eine Gemeinwohlprüfung. Zunächst werde überprüft, ob ein Vorschlag auf Einzelinteressen basiere oder die breitere Bevölkerung anspreche. Die Verwaltung ermittle so die 40 besten Vorschläge. In **Darmstadt** bemühe man sich darum, die Einstiegshürden möglichst niedrig zu halten, so sei Beteiligung noch anonym möglich mit dem Ziel, möglichst viele Menschen zu erreichen. In **Chemnitz** stecke der Bürgerhaushalt-Prozess „noch in den Kinderschuhen“. Es gebe jedoch schon Einzelthemen, an denen sich die Bürger beteiligen könnten, z.B. Schulausbau oder



Spielplätze. Bisher hätte es hier nur die Möglichkeit der Online-Partizipation gegeben, die aber zu sehr regen Diskussionen geführt haben sollte.

Abschließend diskutierte die Runde die Frage: Wie können Vorschläge am besten verhandelt werden? Wie bindet man Menschen ein? In **Darmstadt** habe sich diesbezüglich ein mehrstufiges Verfahren bewährt. Dort gebe es für die Bürger die Möglichkeit, eine gemeinsame Diskussion über alle Vorschläge zu führen. Diese Diskussion trage sich im Anschluss auf die Ebene der Verwaltung und werde zuletzt in einer Debatte mit denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die die Vorschläge gemacht hätten, abgeschlossen.

#### Die Ideen/Hinweise zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten wurden von der AG 4 wie folgt zusammengefasst:



Zur Verbesserung der Beteiligungskultur solle eine qualitative Debatte über die Vorschläge geführt werden.

- Eine Bring- und Holkultur von zwei Seiten solle gefördert werden. Dabei sollten Politik und Verwaltung den Bürgern das Verfahren näher bringen; aber auch der Bürger solle aktiv werden und auf Politik und Verwaltung zugehen.
- Bürger sollten sich zu ihren Vorschlägen bekennen, weg von der Anonymisierung der Verfahren.

Personen, die Vorschläge gemacht haben, sollten regelmäßig über den Stand der Dinge informiert werden.

- Eine Gemeinwohlprüfung der Vorschläge solle eingeführt werden.

## Arbeitsgruppe 5: Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte: AG zum Vortrag von Lars Stepniak, Stadt Eberswalde

Zu Beginn des Gespräches wurde der Austausch fortgesetzt, der bereits im Plenum begonnen hatte. Dabei wurden Erfahrungen aus **Berlin-Lichtenberg** und **Eberswalde** sowie der Stand der Vorbereitungen und Überlegungen in Bezug auf den geplanten Bürgerhaushalt in Emden diskutiert.



Einen breiten Raum nahm das Thema **Bürgerfonds/ Kiezfonds** in Bürgerhaushaltsverfahren ein. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es sich dabei tatsächlich um ein Bürgerhaushalts-Verfahren handelt.

Teilnehmende aus Berlin-Lichtenberg, wo die Kiezfonds ins Bürgerhaushaltsverfahren eingebettet sind, berichteten von ihren Erfahrungen. In Berlin-Lichtenberg gab es zunächst ein zweijähriges Verfahren beim Bürgerhaushalt. Das hätten aber viele Beteiligte als eine zu lange Zeitperiode empfunden, weshalb man die Kiezfonds ins Leben rief. Pro Stadtteil gebe es ein Budget von 7.000 Euro, dabei entscheide eine Bürgerjury, wer (welcher Verein) das Geld bekomme. Bürgerfonds seien in Abgrenzung zum Bürgerhaushalt kein übergeordnetes Verfahren und auch nicht für Fragen zuständig, die zum Aufgabengebiet der Verwaltung gehörten.

Bei der Gründung der **Bürgerjury** wurden die Bürger aller 13 Stadtteile (insgesamt 260.000 Einwohner)

eingeladen, dort mitzuwirken. Anschließend habe man bei der Auswahl versucht, eine möglichst heterogene Mitgliederstruktur zu schaffen, die nach Möglichkeit auch die sozial-demografische Struktur des jeweiligen Stadtteiles widerspiegele (Kriterien wie Alter, Gender, Menschen mit Migrationshintergrund usw.). Ein Teil der „Plätze“ in der **Bürgerjury** wurde anschließend durch die Bürgermeisterin unter den Bewerber/innen ausgelost. Die Bürgerjury hat zwischen 15 und 30 Mitglieder. Alle zwei Jahre werde sie neu besetzt, wobei darauf geachtet werde, dass ein Drittel der Mitglieder in der Jury bleibe und zwei Drittel neue Mitglieder gewonnen würden. Die Bürgerjury arbeite selbstständig.

Die kleineren Budgets (Bürgerbudgets) auf städtischer oder Stadtteilebene schienen interessant zu sein, weil sie **mehr Verbindlichkeit** mit sich brächten, so der Tenor der Runde. Der Einbezug einer Bürgerjury werde jedoch empfohlen.

Ziele, die mit einem Bürgerfonds erreicht werden könnten, seien u. a.:

- Transparenz der Haushaltssituation,
- Verdeutlichung, welche Wege gegangen werden können,
- Stärkung des Engagements,
- Transparenz bei der Zielvorstellung von Verwaltung und Politik.

Anschließend diskutierte die Arbeitsgruppe über die Frage, welche Rolle die Verwaltung haben sollte. Wichtig sei, dass sie von Anfang an eine Beraterrolle übernimmt, über Kosten und Konsequenzen von Vorschlägen informiert, Alternativen aufzeigt und sich im Laufe des Prozesses immer weiter zurücknimmt.

Weiterhin wurde die Abgrenzung zwischen Bürgerhaushalts-Verfahren und **Anliegen- und Beschwerde-Management** thematisiert.

Ein weiterer Punkt war der Abgleich der Interessen: Werden die Ziele der Politik mit denen der Bürger abgeglichen und stimmen sie überein? Die Politik müsse generell ihre Ziele stärker mit den Zielen der Bürger abgleichen. In Eberswalde würden beispielsweise Kinder nach ihren Wünschen für die Spielplatzgestaltung gefragt. Grundsätzlich müsse bei solchen Aktivitäten immer über Kosten, Alternativen, Vor- und Nachteile sowie Konsequenzen aufgeklärt werden. Abschließend diskutierte die Runde das Pro und Contra von Lobbyismus in Bürgerhaushalt-Verfahren.

**Die Ideen/Hinweise zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten wurden von der AG 5 wie folgt zusammengefasst:**



- Kleinere Budgets – stadtteilbezogen – können von Vorteil sein: Sie regen die Beteiligung u.a. durch stärkere Betroffenheit an. Diese Budgets brauchen bestimmte Regularien, was in gewissem Grade für eine Institutionalisierung spricht, um Missbrauch zu unterbinden oder abzumildern.
- Abgrenzung zwischen Anliegen-Management und Bürgerhaushalt: Es soll vorher klar kommuniziert werden, welche Anliegen wozu gehören. Aber auch während des Prozesses soll die Möglichkeit geschaffen werden, notfalls umzuschichten oder kleinere Aufgaben sofort (zeitnah) zu erledigen.
- Lobbyismus als Streitpunkt: Vielleicht ist es auch genau das, was wir wollen? Denn dadurch würden Teilnehmende mobilisiert, über die man

möglicherweise auch an andere Zielgruppen herankommen kann. Allerdings könnten auf diesem Wege ungewollte Schieflagen entstehen.

- Beteiligung der Verwaltung: Wie startet man solche Verfahren, wie begleitet man sie: Die Verwaltung sollte bei Verfahren dieser Art am Anfang stark beteiligt sein und sich mit der Zeit zurückziehen, um selbst organisierten Beteiligungsstrukturen Raum zu geben.

## Arbeitsgruppe 6: Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte: AG zum Vortrag Tobias Fuhrmann, Fernuniversität Hagen



Die Teilnehmenden diskutierten zunächst über **Politikverdrossenheit** und rückläufige Beteiligung bei Wahlen. Im Kontext von Bürgerhaushalten heiße das, dass die Messlatte nicht zu hoch gesetzt werden sollte. Bürgerhaushalte seien nur ein kleiner Baustein für Beteiligung. Wichtig sei es, den Menschen, die sich beteiligen wollten, den Zugang zu erleichtern.

Die Teilnehmenden tauschten die Erfahrung aus, dass in der Regel die Entwicklung der Partizipation in den Kommunen relativ lang stockend verläuft, weil der Haushalt lange der Beteiligung entzogen war. Bei Bürgerbegehren würden Anliegen oft abgelehnt mit der Begründung, sie seien nicht „haushaltsrelevant“. Deshalb sei der Bürgerhaushalt wirklich etwas Neues, weil er an diese Kernkompetenz kommunalen Handelns gehe.

Bürgerhaushalte fänden derzeit in der klassischen Form der Inputsteuerung statt, so wie man es eigentlich nicht mehr machen sollte. Die Alternative dazu sei die **ergebnisorientierte Steuerung**. Die Stadt Mülheim am Main wurde als ein Beispiel angeführt: Dort hätte man die Beteiligung im Bürgerhaushalt heruntergebrochen auf konkrete Produkte, konkrete Leistung im Kontext konkreter Ziele. Wenn sich Bürger engagierten, dann täten sie es aus einem ganz bestimmten Anlass. Man sei gegen etwas, z. B. eine Straße, einen

Bahnhof. Oder es bestünde ein bestimmter Bedarf z. B. an Umkleidekabinen am Sportplatz oder Schultoiletten. Das allerdings hätte weniger mit der Strategieentwicklung einer Stadt zu tun.

Ein erstes Fazit der Runde: Die **Verschränkung der Bürgerhaushaltsverfahren** mit der Strategiediskussionen einer Stadt ist wichtig und bedeutet eine Weiterentwicklung.

Eine weitere Frage, die die Teilnehmenden diskutierten: Wie steht es um die **Attraktivität von Bürgerhaushalten**? Wie gewinnt man die 90 Prozent, die bislang nicht bereit sind, sich wenigstens punktuell zu beteiligen? Dazu sammelte die Gruppe u. a. diese Ideen:

- Die zu weite Perspektive von etwa 20 Jahren sei schwierig. Wenn man den Bürgerhaushalt in eine strategische Diskussion einbindet, seien fünf bis zehn Jahre ein nachvollziehbarer Zeitraum.
- Es gehe nicht nur darum, Sparlisten vorzulegen. Die Verwaltung solle die konkreten Anliegen einbetten in den strategischen Rahmen. Dazu gehörten Standortbestimmung, Zielsetzung, Szenarien und die Antwort, was denn eigentlich wichtig ist. Der eigentliche Knackpunkt der Verfahren sei doch, dass sich das Anliegen am Mangel festmache: Wir müssen sparen, wie können wir das Wenige verteilen?
- Ebenso wichtig sei es, über die Strategie der Bürgerbeteiligung an sich nachzudenken, früh genug zu beginnen, Rollen zu klären und wirkungsvolle Instrumente zu vereinbaren, z. B. in Form einer Gemeinderatsvorlage, die immer prüfe, ob beteiligt werde.
- Jahresthemen und Schwerpunkte (z. B. Schule) machten den Bürgerhaushalt begreifbarer.

Die Runde stellte sich dann die Frage: **Was ist noch Bürgerhaushalt** und was nicht mehr? Beim Bürgerhaushalt gehe es um den Haushalt. Leitbildprozesse und Vorgehensweisen wie Zukunftskonferenzen seien

andere Verfahren. Der Begriff werde nebulös, wenn man alles in ihn hineinpacke.

### Die Ideen/Hinweise zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten wurden von der AG 6 wie folgt zusammengefasst:



- Strategische Einbettung von konkreten Vorschlägen: Nicht nur zusammenhanglose Einzelvorschläge, sondern Bündelung.
- Thematische Eingrenzung der Vorschläge auf bestimmte Politikfelder.
- Output-orientierte Steuerung (weg von der Input-Steuerung, bei der Bürger lediglich Vorschläge in die Verwaltung hineingeben), vor allem auch bei Konsolidierungsverfahren.
- Beteiligungskonzept erarbeiten, keine Vielzahl verschiedener Verfahren nebeneinander.
- Qualität der Beteiligung statt Quantität sollte im Mittelpunkt stehen.

### Abschließende Diskussionsrunde

„Wenn Sie alle Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen als Folien übereinander legen – was bewegt Sie jetzt nach dem Themenüberblick im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Bürgerhaushaltsprozessen?“ Diese Frage gab Moderator Ludwig Weitz im Anschluss an die Ergebnispräsentationen in die Runde. „Wie realisieren wir mehr Qualität, mehr Einbettung in eine Beteiligungskultur und klare Regularien als verlässliche Grundlage?“ Das war das vorläufige Fazit eines Teilnehmers. „Sind Normierung und Kultur kein Widerspruch in sich?“ fragte ein anderer. „Jedes Spiel hat seine Regeln“, wandte ein Dritter ein. Die Schaffung einer zweiten politischen Ebene durch verschiedene Gremien sah ein Teilnehmer kritisch, z. B. wenn Bürger Vorschläge einreichen, die dann aber nicht weitergetragen werden. Das Gegenargument: „Wir erzeugen Illusionen, wenn wir die Menschen glauben machen, sie könnten ihre einzelnen Vorschläge abgeben und diese würden dann auch umgesetzt. Wir verfolgen nur Einzelideen, wenn wir nicht dem Ansatz folgen, dass diese in einer größeren, gebündelten Idee aufgehen können. Ansonsten bleiben wir beim Individualismus.“ Ein weiterer Hinweis: „Man sollte den Bürgerhaushalt weder romantisieren noch mit zu vielen Erwartungen überfrachten.“



## Informationen zum internationalen Netzwerk zu Bürgerhaushalten IOPD

Die Teilnehmenden ließen den ersten Tag des Netzwerktreffens nach dem Abendessen in geselliger Runde ausklingen. **Mandy Wagner** (SKEW) und **Bettina Bunk** (AK Bürgerhaushalt Stuttgart) stellten im informellen Teil den interessierten Teilnehmenden das **internationale Netzwerk zu Bürgerhaushalten IOPD** vor und berichteten von der internationalen Konferenz dieses Netzwerkes im Juli 2013 in Cascais, Portugal.

Das internationale Netzwerk IOPD wurde 2001 in Barcelona gegründet. Die kostenlose Mitgliedschaft ist offen für alle Kommunen, Vereinigungen, Organisationen, Universitäten etc., die Interesse am **Austausch von Informationen und Erfahrungen zu partizipativer Demokratie auf lokaler Ebene** haben.

Zu den **Zielen** des Netzwerks IOPD gehören der Erfahrungsaustausch zu lokaler partizipativer Demokratie, die Unterstützung der internationalen Kooperation zwischen Kommunen und die Weiterentwicklung des Konzepts von partizipativer Demokratie durch Reflexion, Analyse und die Förderung von Forschungsprojekten.

IOPD veranstaltet jährlich eine internationale **Konferenz** zum Erfahrungsaustausch und führt einen jährlichen **Wettbewerb** für besonders innovative Erfahrung in partizipativer Demokratie durch. Die **Webseite** von IOPD enthält eine Fülle von Informationen, best practice Beispielen und Erfahrungen der Mitglieder, Studien und andere Dokumente zum Thema. Verschiedene **Arbeitsgruppen** vertiefen zudem einzelne Themen fachlich weiter.

Mittlerweile hat das Netzwerk 548 Mitglieder aus 53 Ländern, darunter ist bisher noch keine deutsche Kommune. Weitere Infos gibt es auf der Website **www.oidp.net/inici**

An der diesjährigen **Konferenz in Cascais** nahmen rund 400 Personen teil, die sich unter dem Motto „Citizenship for Sustainability“ zu Themen der Partizipation auf lokaler Ebene austauschten. Schwerpunkte waren Themen wie Open Government, partizipative Planungsansätze und soziale ökonomische Bewegungen auf lokaler Ebene. Daneben bildeten natürlich auch die Bürgerhaushalte einen thematischen Schwerpunkt. Neben den Städten New York, Maputo, Mozambique und dem Gastgeber Cascais war auch die Stadt Stuttgart vertreten. In ihren Vortrag in Cascais ging Bettina Bunk vom Arbeitskreis Bürgerhaushalt in Stuttgart auf die Ausgestaltung des Verfahrens in der Landeshauptstadt ein. Auf großes Interesse stieß bei den internationalen Zuhörern insbesondere die Möglichkeit, auch Sparvorschläge einzureichen und so zur Konsolidierung des kommunalen Haushaltes beizutragen. Weiterhin stellten Referenten aus Lateinamerika, Nordamerika, Europa und Afrika die Entwicklung und die derzeitige Verbreitung und Ausgestaltung von Bürgerhaushalten auf ihrem jeweiligen Kontinent vor. Im Rahmen dieser Vorträge wurde auch die **Festschrift** „Hoffnung der Demokratie – 25 Jahre Bürgerhaushalte weltweit“ vorgestellt, zu der auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und Zebralog einen Beitrag geleistet haben.

Das **Technische Sekretariat von IOPD** hatte sich und seine Arbeit bereits ausführlich auf dem **Netzwerktreffen Bürgerhaushalt 2012 in Berlin<sup>2</sup>** vorgestellt. Dabei kam es auch zu einem Treffen mit dem Bezirk **Berlin-Lichtenberg**. Die Bezirksversammlung Berlin-Lichtenberg traf daraufhin die Entscheidung, IOPD

---

2 Dies kann in der Dokumentation des Netzwerktreffens nachgelesen werden: Achtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt, Material Nr. 56, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn September 2012; abrufbar unter <http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html>.

als Mitglied beizutreten. Die formelle Registrierung der Mitgliedschaft auf der Webseite von IOPD muss nun noch erfolgen. Auch die **Stadt Stuttgart** wird noch einmal intensiver über eine **Mitgliedschaft** nachdenken.

## Einführung in den zweiten Tag des Netzwerktreffens

Moderator Ludwig Weitz begrüßte die Teilnehmenden zum zweiten Tag des Netzwerktreffens, in dessen Mittelpunkt **„Methoden der Einbeziehung schwer erreichbarer Gruppen“** standen.



Nach einer Einführung ins Thema am Beispiel Indonesiens durch Martina Neunecker von der Universität Frankfurt/M. teilten sich die Teilnehmenden in verschiedene Arbeitsgruppen auf, um an spezifischen Fragestellungen zu arbeiten.

### **Methoden der Einbeziehung schwer erreichbarer Gruppen in Bürgerhaushalte; Beispiel aus Indonesien – Martina Neunecker, Universität Frankfurt/M**



*Martina Neunecker ist Politikwissenschaftlerin und seit 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe Universität Frankfurt, Forschungsstelle Demokratische Innovationen, tätig. Unter anderem arbeitete sie mit im Projekt zur wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation des Frankfurter Bürgerhaushaltes und bei der Forschung zu Bürgerbeteiligung in Südostasien, insbesondere Indonesien. Ihr Promotionsprojekt ist eine vergleichende Studie zu Bürgerhaushalten in Deutschland.*

### **Vortrag von Martina Neunecker:**

Martina Neunecker lud die Anwesenden ein, den geografischen Blick einmal etwas zu verändern und nach **Indonesien** zu schauen, um die dortigen Erfahrungen mit Bürgerhaushalten bzw. partizipativen Planungsprozessen kennenzulernen. Nach ein paar Bemerkungen zu Indonesien im Allgemeinen stellte sie zwei konkrete Beispiele vor: den Bezirk Tanah Datar, wo es eine Art Bürgerhaushalt gibt, und die Nicht-Regierungsorganisation BIGS in Bandung. Am Ende stand die Frage: Was können wir daraus lernen?

„Indonesien ist ein Inselstaat in Südostasien. Mit ca. 240 Millionen Einwohnern ist das Land – gemessen an der Einwohnerzahl – der viertgrößte Staat der Welt. Es gibt eine große ethnische, religiöse und sprachliche Vielfalt und ein starkes Gefälle zwischen den verschiedenen Landesteilen, u. a. was Infrastruktur und Wirtschaftsleistung angeht.

Indonesien erlangte 1949 formale Unabhängigkeit von den Niederlanden und wurde von 1959 bis 1998 von zwei autoritären Regimen unter den Präsidenten Sukarno und Suharto beherrscht. Seit 1998 gibt es einen Prozess der Demokratisierung, ein breites Spektrum an Parteien, eine bunte NGO-Landschaft und eine weitreichende Dezentralisierung. Insbesondere die beiden letzten Entwicklungen sind wichtige Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung.



Rund 20 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, in manchen Regionen sind es bis zu 45 Prozent. In zahlreichen Regionen gibt es einen großen Bedarf an grundlegender Versorgung wie Verkehrsinfrastruktur, Wasser, Medizin und Bildung. Zudem ist Korruption ein Problem: Auf dem weltweiten Korruptions-Index von Transparency International steht Indonesien derzeit auf Rang 118 von 174. Das schafft große Probleme gerade im öffentlichen Sektor.

Ein Instrument zur Bürgerbeteiligung in Indonesien heißt „**musrenbang**“, was sich ungefähr mit „Diskussion der Bürger über Entwicklungsplanung“ übersetzen lässt. Es handelt sich dabei um eine **bottom-up-Beteiligung**, bei welcher sich die Bürger gemeinsam mit anderen Akteuren mit Planungs- und Haushaltsprozessen in ihrer Kommune auseinandersetzen und entsprechende Vorschläge unterbreiten. Dazu gibt es unter anderem ein nationales Gesetz, das festlegt, dass landesweit „musrenbang“-Prozesse auf lokaler Ebene stattfinden sollen.

Das klingt zunächst einmal sehr interessant, aber: „Papier ist geduldig ...“ In der Praxis funktioniert vieles leider nicht so optimal. Trotzdem bietet das Gesetz Impulse für viele örtliche Initiativen, Prozesse zu starten. Allerdings existiert eine große Abhängigkeit von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, was die Initiierung, Finanzierung und Prozessgestaltung betrifft. Die große Frage lautet: Was passiert, wenn die Projekte auslaufen? In den meisten Fällen muss man leider sagen: nicht mehr viel.

Vor diesem Hintergrund möchte ich das erste Fallbeispiel aus Tanah Datar vorstellen, einem ländlichen Bezirk im Westen der Insel Sumatra mit ca. 330.000 Einwohnern.

Der Haushalt des Bezirks war von Intransparenz und Ineffizienz geprägt, als 2006 erstmals mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit ein partizipativer Planungsprozess initiiert wurde. Ein wichtiger Akteur dabei war die zivilgesellschaftliche Organisation CiBa.

Zentrale Zielgruppen des partizipativen Verfahrens waren vor allem die arme Bevölkerung und Frauen, die zu den schwer erreichbaren Gruppen vor Ort zählen. Eingebettet war das Projekt in die vorhandene gesetzliche „musrenbang“-Struktur.

Am Anfang des Verfahrens standen Fokus-Gruppen-Diskussionen, um zentrale Problembereiche für die arme Bevölkerung zu identifizieren. Das waren in diesem Fall **Bildung, Gesundheit und Zugang zu Mikrofinanzen**. Jeder Bürger, der wollte, konnte an den Fokus-Gruppen teilnehmen, darüber hinaus wurden aber auch gezielt bestimmte Gruppen eingeladen. Am Ende stand eine bunte Mischung an Teilnehmern.

Ein zweiter Baustein des Projekts waren Workshops für Bürger zur Aufklärung über Beteiligungsmöglichkeiten und -strategien. Im nächsten Schritt gab es Arbeitsgruppen zu den drei genannten Themenbereichen, die Empfehlungen und Prioritäten festlegten. Interessant sind auch Vereinbarungen mit den Fraktionen des lokalen Parlaments, die zusicherten, dass die Teilnehmer des Prozesses Zugang zu relevanten Informationen bekommen und dass sie die Vorschläge der Bürger aus dem „musrenbang“-Prozess im weiteren Haushaltsverfahren unterstützen.

Als Resultate des Prozesses kann man festhalten: Es gab einen **signifikanten Anstieg der öffentlichen Ausgaben** in zwei der drei priorisierten Themenbereiche, eine Verbesserung der Transparenz, insbesondere beim Zugang zu haushaltsrelevanten Informationen, und die angestrebte Zielgruppen wurden zumindest teilweise erreicht, denn insbesondere Frauen nahmen verstärkt am Prozess teil.

Allerdings gab es keine systematische Rückmeldung durch die lokale Politik, warum bestimmte Vorschläge aufgegriffen, andere abgelehnt wurden. Zudem war der Prozess abhängig vom politischen Wohlwollen: Personelle Veränderungen führten ab 2010 zu einem massiven Rückschritt des Verfahrens – und seine Zukunft ist ungewiss.

Das zweite Beispiel ist die **NGO „Bandung Institute of Governance Studies“ (BIGS)** in der Stadt Bandung, die stellvertretend für viele andere Initiativen landesweit steht, die sich für Haushalts-Transparenz und Bürgerbeteiligung einsetzen.

Ziele der Arbeit von BIGS sind u. a. mehr **Transparenz des Haushaltes** und Schulung von Bürgern darin, wie der Haushalt aufgebaut ist und wie man selbst am Planungsprozess teilhaben kann. Methoden der Arbeit sind Trainings und Workshops für verschiedene Gruppen, sowohl für Bürger als auch für lokale Parlamentarier sowie eine breite Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Poster und Broschüren mit Informationen zum Haushalt.

Abschließend stellte sich die Frage: Was können wir daraus lernen?

- Man kann festhalten, dass der – häufig fehlende – politische Wille entscheidend ist, damit gestartete Prozesse erfolgreich sind. Die rechtliche Rahmensezung alleine reicht nicht aus.
- Um eine wirkungsvolle Beteiligung zu erreichen, müssen die Bürger „geschult“ werden. Dabei kommt den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine wichtige Rolle zu – und es stellt sich die Frage nach der Rolle des indonesischen Staates.
- Da es eine hohe Abhängigkeit von externen Geldgebern gibt, ist die Nachhaltigkeit und Institutionalisierung der Verfahren in Indonesien fraglich.
- Einige erfolgreiche Beispiele zeigen aber, dass die Transparenz des Haushalts wie auch der lokalen Politik insgesamt durch die Beteiligung der Bürger spürbar erhöht werden kann und dass sich auch schwer erreichbare Bürger zur Beteiligung an entsprechenden Verfahren mobilisieren lassen. Partizipative Planung und Haushaltsaufstellung kann sichtbare Erfolge im Hinblick auf die Verbesserung öffentlicher Leistungen bewirken.“

### Fragen zum Vortrag

In der anschließenden Fragerunde wollte ein Teilnehmer wissen, ob sich die Situation in Deutschland so sehr von der in Indonesien unterscheidet, z. B. was den Zugang zu schwer erreichbaren Zielgruppen wie „der Politik“ angeht. Ein anderer merkte an, dass es auch in Deutschland NGOs gebe, die die Entwicklung von Bürgerhaushalten vorantreiben würden, z. B. in Münster, Hildesheim oder Leipzig. Vorbildlich in Indonesien fand ein anderer Teilnehmer die gezielte Rekrutierung bestimmter Personengruppen; in dieser Hinsicht habe Deutschland noch Nachholbedarf, denn mit Selbstrekrutierung allein erreiche man nicht die schwächeren Bevölkerungsgruppen.

## Diskussion in den Arbeitsgruppen

Im Anschluss konnten die Teilnehmenden auswählen, an welcher Arbeitsgruppe sie teilnehmen wollten. Drei Themen, zu denen es jeweils einen Input gab, standen zur Auswahl:

- Vorstellung und Diskussion eines Online-Bewertungstools für Bürgerhaushalte
- Methoden zur Erreichung von Kindern und Jugendlichen – Beispiel: Schülerhaushalte
- Methoden zur Motivation und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger

### Arbeitsgruppe 1: Vorstellung und Diskussion eines Online-Bewertungstools für Bürgerhaushalte

Drittes Treffen der Arbeitsgruppe „Bürgerhaushalte einfach evaluieren“

**Input: Dr. Oliver Märker**



Oliver Märker

*Oliver Märker ist geschäftsführender Gesellschafter von ZebraLog. Er berät Politik, Verwaltung und Nicht-Regierungsorganisationen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene bei der Konzeptionierung, Umsetzung, Moderation und Auswertung medienübergreifender Beteiligungsverfahren. Im Auftrag der Bundeszentrale für*

*politische Bildung (BpB) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) leitet er die Redaktion des Informations- und Vernetzungsportals [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org).*

Bereits im November 2012 hatten die BpB und die SKEW einen Workshop in Frankfurt /M. ausgerichtet, der sich thematisch mit den Möglichkeiten **der Evaluierung von Bürgerhaushaltsverfahren** beschäftigte.

Aus dieser Veranstaltung heraus ist die Idee entstanden, eine einfache und nutzerfreundliche Möglichkeit zu finden, eine übergeordnete Evaluation aller Bürgerhaushaltsverfahren im Rahmen eines schlanken und für Akteure im Kontext von Bürgerhaushalten (Bürger, Verwaltung, Politik) leicht zu nutzenden Tools zu ermöglichen. Daher sollten in Workshops mit der aus Netzwerkmitgliedern ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe „Bürgerhaushalte einfach evaluieren“ die Potenziale, Grenzen und Ausgestaltung eines Evaluationsstools diskutiert und kritisch reflektiert werden. Die Grundidee hierbei ist es, dass es möglich wird, durch das Tool jeden Bürgerhaushalt anhand vorgegebener standardisierter Kriterien bewerten zu können.



Bisher gab es zwei Treffen dieser AG am 23. Mai 2013 in Bonn und am 25. Juli 2013 in Frankfurt/M. Während des ersten Treffens wurde zunächst die Grundlage des Vorhabens diskutiert, während es beim zweiten Treffen

u. a. um die Auswahl und Ausgestaltung der konkreten Kriterien zur Bewertung von Bürgerhaushalten ging, z. B. Reichweite und Zielgruppenorientierung des Bürgerhaushaltes.

Bei diesem Treffen wurden schließlich verschiedene Kriterien erstmals in **konkreten Fragen operationalisiert** („übersetzt“), die dann Eingang in das Bewertungstool finden sollen. Diskutiert wurden Detailfragen wie z. B., ob es sinnvoll ist, die Themen Vertrauens- und Verständniszuwachs seitens der Teilnehmer eines Bürgerhaushaltes getrennt abzufragen oder ob man damit nicht eigentlich denselben Wirkungsmechanismus anspricht. Erzeugt Verständnis über kommunale Verwaltungsabläufe automatisch Vertrauen in die Verwaltung?

Gemeinsam wurde weiter darüber diskutiert, welche Fragen des bereits erarbeiteten Fragenkataloges sich doppeln und gegebenenfalls gestrichen werden können. Die Länge des Fragenkatalogs konnte so im Sinne der Benutzerfreundlichkeit optimiert werden. Lagen einzelne Fragen thematische nahe beieinander, wurden diese teilweise auch zu einer Frage verschmolzen. Zudem passte die Gruppe die jeweiligen Erklärungstexte an und konkretisierte sie mit verständlichen Beispielen. Auch die Frageformulierung wurde je nach Kontext und Notwendigkeit konkretisiert oder verallgemeinert. In einem weiteren Schritt wird die Arbeitsgruppe das Dokument weiter gemeinsam überarbeiten. Auf der Grundlage der abschließenden Ergebnisse wird schließlich ein konkreter Vorschlag für die Umsetzung des Bewertungstools erarbeitet.

### **Ergebnisse der Arbeitsgruppe:**

- Es wurde am Bewertungstool für Bürgerhaushalte detailliert weitergearbeitet. Das Instrument will keinen wissenschaftlichen Anspruch haben und soll daher als Bewertungstool (Arbeitstitel) bezeichnet werden
- Das Tool soll dazu dienen, dass vor allem Bürger, aber auch Politiker und Verwaltungsmitarbeiter

einer Kommune den eigenen Bürgerhaushalt bewerten können und von guten Beispielen anderer Bürgerhaushalte zu unterschiedlichen Bereichen wie Öffentlichkeitsarbeit, Rechenschaftsbericht usw. zu lernen.

- Kriterien mit dazugehörigen Fragen wurden diskutiert. Dabei wurden die vorgeschlagenen Frageformulierungen gemeinsam in der Gruppe überarbeitet. Relevante Überarbeitungskriterien waren etwa die Verständlichkeit einzelner Begriffe oder die inhaltliche Korrektheit der Fragen.
- Das Tool wird in nicht allzu ferner Zukunft entwickelt werden und dann über [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org) zur Verfügung stehen. Gegebenenfalls wird es dazu eine weitere Arbeitsgruppensitzung geben.
- Die bisher erarbeiteten Ergebnisse werden noch einmal zur Kommentierung von der Arbeitsgruppe ins Netz gestellt. Alle bisherigen Arbeitsergebnisse sind unter [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org) abrufbar.

## Arbeitsgruppe 2: Methoden zur Erreichung von Kindern und Jugendlichen – Beispiel: Schülerhaushalte

**Input: Alexander Koop, Bertelsmann Stiftung**



Alexander Koop (rechts)

Alexander Koop ist Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung und leitet dort das Projekt „Kommunale Bürgerbeteiligung“. Im Rahmen des Projekts werden verschiedene Modelle der Bürgerbeteiligung, wie BürgerForen, Schülerhaushalte und BürgerDialoge, erprobt sowie Studien und Veranstaltungen zum Thema durchgeführt.

Die AG begann mit einem Brainstorming in zwei Gruppen zur Frage, wie sich Kinder und Jugendliche als Zielgruppe besser erreichen lassen. An zwei Tischen diskutierten die Teilnehmenden einmal aus **Sicht der Erwachsenen** und einmal aus **Sicht der Jugendlichen** über die Erwartungen und die Gründe, die für eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sprechen.

### Die Gruppe „Erwachsene“ hielt u. a. fest:

- Kinder und Jugendliche sollte man von Anfang an beteiligen, damit sie lernen, selbst Demokratie zu leben.
- Kinder und Jugendliche wirken in die Familien hinein. Wenn sie sich beteiligen, dann motivieren sie vielleicht auch die Eltern.

- Positiv ist der generationsübergreifende Austausch ebenso wie die positive Wechselwirkung, die sich etwa zwischen Schüler- und Bürgerhaushaltsprozessen ergeben können.
- Kinder und Jugendliche sind Experten für ihren Lebensraum.
- Die bisherigen Methoden und Modelle der Jugendbeteiligung werden nicht in ausreichendem Maße angenommen.

### Die Gruppe „Kinder und Jugendliche“ hielt u. a. fest:

- Ein abstraktes Anliegen wie der Bürgerhaushalt ist für Jugendliche nicht unbedingt interessant.
- Es müssen die Themenbereiche angesprochen werden, die die Zielgruppe interessieren: Schule, Vereine usw.
- Es braucht einen persönlichen Bezugspunkt, einen Ansprechpartner, der selbst noch jung ist und einen klaren Bezug zur Peer-Group.
- Es sollte nicht nur Arbeit sein, sondern auch Spaß machen, interessant sein. Man muss in der Gruppe Ideen entwickeln können.
- Was Jugendliche beitragen, muss ernst genommen werden. Wenn nicht, bleibt die Beteiligung eine einmalige Sache.
- Es bedarf einer angepassten Methodik: Kulturveränderungen bei den Jugendlichen wahrnehmen und in die Gestaltung einbeziehen, z. B. in Bezug auf die Technik und die Art und Weise zu kommunizieren.

Im Anschluss präsentierte Alexander Koop sein Thema „**Der Schüler-Haushalt** – Ein Modell zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“.

Zu Beginn sahen sich die Teilnehmenden einen filmischen Beitrag über den Abstimmungstag im Schülerhaushalt in einer Gesamtschule mit 1000 Schülern in Wennigsen an, die beim Schülerhaushalts-Projekt der Bertelsmann-Stiftung mitgemacht hatten.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Link: [www.youtube.com/watch?v=JqdGVMsuYLO](http://www.youtube.com/watch?v=JqdGVMsuYLO)

Anschließend wurden Hintergrund und Ablauf eines Schülerhaushalts anhand einer Präsentation vorgestellt:

„Kinder- und Jugendbeteiligung muss im eigenen Lebensfeld ansetzen, relevante Veränderungen ermöglichen, alle Jugendlichen ansprechen und möglichst nachhaltig sein. Der Schülerhaushalt setzt hier an. Rat und Schulleitung stellen bei diesem Projekt ein eigenes Budget für die Schüler zur Verfügung. Anschließend organisieren die Schüler den Prozess, machen Vorschläge, diskutieren sie und stimmen ab. Die Umsetzung der Vorschläge erfolgt dann mit der Kommune/Verwaltung. Auf diese Weise werden alle Kinder einer Schule/Stadt beteiligt, nennen ihre Bedürfnisse, gestalten einen demokratischen Prozess und schaffen reale Veränderungen in ihrem direkten Umfeld. Beim Schülerhaushalts-Projekt, das die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit Schulen in zwei Kommunen durchführte, war bisher eine sehr hohe Beteiligung der Schüler (90 Prozent) zu verzeichnen. Pro Schule wurden bis zu 55 unterschiedliche Vorschläge gemacht. Zu den Top-Vorschlägen zählten fast immer Spinde, WLAN, Getränkeautomaten und Rückzugsräume an den Schulen.“



Zu den Stärken des Verfahrens zählen die geringen Kosten. Die Diskussion unter den Schülern wird nicht organisiert, und es ist zudem kein elitäres Format: Jeder kann Vorschläge machen, unterstützen und die Diskussionen organisieren. Es funktioniert an allen Schulformen, nicht nur in der Oberstufe.

Zu den offenen Herausforderungen zählten die Teilnehmenden der AG: Schülerhaushalte sind ein singulärer Prozess, wie bettet man ihn und die Anregungen der Jugendlichen in den Bürgerhaushalt ein? Das Verfahren ist nicht deliberativ. Es fehlt eine stadtbezogene Sammlung von Vorschlägen.“

Informationen zum Projekt sind nachzulesen unter [www.schuelerhaushalt.de](http://www.schuelerhaushalt.de).

### Ergebnisse der Arbeitsgruppe:



- Es ist wichtig, Räume für Partizipationserfahrungen von Kindern und Jugendlichen zu schaffen.
- Der Schülerhaushalt kann ein Einstieg in den Bürgerhaushalt sein.
- Eine vollständige Ausrichtung auf die Zielgruppe ist wichtig: Einbeziehung der Peergroup; bezogen auf das Lebensumfeld, verständlich und in jugendgemäßer, einfacher Sprache.
- Sichtbare und relevante Ergebnisse sind wichtig.
- An der Schule orientieren, denn dort ist die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen
- Kinder- und Jugendbeteiligung hat einen Multiplikatoreffekt in die Familie und die Peergroup hinein.

## Arbeitsgruppe 3 Methoden zur Motivation und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger

**Input: Dorothee Reick, Stadt Stuttgart, und Heinrich Schneider, AK Bürgerhaushalt Stuttgart**



Dorothee Reick

*Dorothee Reick ist seit 2011 bei der Landeshauptstadt Stuttgart in der Haushaltsabteilung der Stadtkämmerei beschäftigt. Sie war dort an der Einführung des Bürgerhaushaltes maßgeblich beteiligt und ist für die Durchführung und Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltsverfahrens zuständig.*



Heinrich Schneider

*Dr. Heinrich Schneider war bis 2007 Direktor der vhs stuttgart e.V. und hat sich im Ruhestand das Thema „Bürgerhaushalt“ erarbeitet. Dabei interessieren ihn besonders zwei Aspekte: Das Verfahren kommt aus dem globalen Süden, wir im Norden können daraus etwas lernen und Erfahrungen „auf Augenhöhe“ austauschen. Zum andern sieht er in dem Verfahren eine Möglichkeit, dass sich mehr Bürger für ihr Gemeinwesen und für Politik interessieren und engagieren. Er ist einer der beiden Sprecher des Arbeitskreises Stuttgarter Bürgerhaushalt.*

### Input Dorothee Reick

Dorothee Reick stellte den Anwesenden zunächst den **Bürgerhaushalt Stuttgart** vor:

„Im Jahr 2011 gab es in Stuttgart erstmals ein recht übliches vorschlagsorientiertes System. Es wurden keine Vorschläge der Verwaltung gemacht, sondern lediglich die Vorschläge der Bürger diskutiert. Inhaltlich gab es keine Beschränkungen. Der Schwerpunkt lag auf der Onlinebeteiligung, es ging aber auch schriftlich oder per Telefon. Zunächst wurden die Vorschläge gesammelt, anschließend durch die Teilnehmer bewertet. Zu den 100 am besten bewerteten Vorschlägen erarbeitete die Verwaltung dann eine fachliche Stellungnahme, die in der Folge zusammen mit allen anderen Vorschlägen dem Gemeinderat vorgelegt wurde. Der beriet anschließend, welche Vorschläge in den Haushaltsplan aufgenommen wurden. Am Ende berichtete die Verwaltung über die Ergebnisse. Mit 1700 Vorschlägen und 1,5 Prozent Beteiligung aller Stuttgarter war die Stadt schon recht zufrieden, zumal das Verfahren sehr schnell eingeführt wurde und es kaum Möglichkeiten gab, die Bürger umfassend zu informieren.“

Nach dem ersten Bürgerhaushalt wurde mit den Fraktionen und dem Arbeitskreis Bürgerhaushalt eine **Evaluation** durchgeführt. Danach wurden einige Verbesserungen für den Bürgerhaushalt 2013 eingeführt. Zum Beispiel sollten sich die Einreichungsphase für Vorschläge und die Bewertungsphase zeitlich nicht mehr überschneiden, damit alle Vorschläge gleich gute Chancen bekommen können.



Ein weiterer wichtiger neuer Schritt war die **Multiplikatorenarbeit**. 15 Bürger wurden in der Volkshochschule zu den Themen Haushalt, Bürgerhaushalt und Moderation ausgebildet. Diese sind dann ehrenamtlich in die Bezirke zu verschiedenen Organisationen und Gruppen gegangen. Damit hat das Verfahren aufsuchenden Charakter bekommen.

Insgesamt gab es 22 Informationsveranstaltungen in den Bezirken. Beim ersten Bürgerhaushalt veranstaltete die Stadt nur eine große Auftaktveranstaltung, die allerdings nur mäßig besucht wurde. Auf Bezirksebene konnten wesentlich mehr Menschen vor Ort erreicht werden, insgesamt rund 1000. Die Bezirksvorsteher wurden in diesen Prozess eingebunden. So konnten mehr alte Menschen und solche, die nicht internetaffin sind, angesprochen werden.

Zudem hat die Stadt Stuttgart erneut eine breite Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Ein Flyer mit Infos zum Bürgerhaushalt und zu den Veranstaltungen in den Bezirken wurde an jeden Haushalt in Stuttgart verschickt. Außerdem wurde in den Bezirken plakatiert. Die Stadt Stuttgart publizierte eine Broschüre mit umfassenden Informationen, nutzte Infoscreens im Öffentlichen Nahverkehr, produzierte einen kurzen Infofilm, der im Vorprogramm der örtlichen Kinos gezeigt wurde, und veranstaltete Pressekonferenzen. Weitere Veröffentlichungen gab es im Amtsblatt, auf Pick-Up-Karten, in Sozialen Medien, Newslettern usw.

Zu den weiteren Neuerungen beim zweiten Bürgerhaushalt zählte, dass nicht nur die besten 100 Vorschläge von der Verwaltung kommentiert wurden, sondern dass auch die Bezirksvorsteher die Möglichkeit hatten, die Vorschläge aus ihrem Stadtbezirk zu kommentieren. Diese Infos wurden der Politik und den Bürgern zur Verfügung gestellt.

Die **Beteiligungszahlen** haben sich unter anderem durch diese Maßnahmen gegenüber dem ersten Bürgerhaushalt **verdreifacht**.

## Diskussion

In der anschließenden Diskussion stellten die Teilnehmenden der AG viele interessierte Nachfragen zu Details des Stuttgarter Verfahrens. Unter anderem wollte ein Teilnehmer wissen, ob es Möglichkeiten gibt, Neuigkeiten zu abonnieren. In Stuttgart kann man Vorschläge und einen Newsfeed zum Bürgerhaushalt abonnieren, Nutzer können auch Vorschläge auf Facebook posten.

## Input Heinrich Schneider

Heinrich Schneider stellte im Anschluss den **Arbeitskreis Bürgerhaushalt** vor, der das Verfahren in Stuttgart begleitet. Nach dem ersten Durchgang 2011 wurde dieser Arbeitskreis gegründet. Die Mitglieder wurden aus Infoveranstaltungen, über die Fraktionen und via Internet rekrutiert. Derzeit sind es etwa 15 Aktive und noch einmal so viele „Inoffizielle“. Der Arbeitskreis ist als Kurs bei der Volkshochschule angesiedelt.

Er erarbeitet **Vorschläge zur Verbesserung des Verfahrens** und diskutiert sie mit Politik und Verwaltung. Viele Anregungen sind ins neue Verfahren 2013 eingeflossen.

Einige Vorschläge, die umgesetzt wurden:

- Eine zentrale Idee des Arbeitskreises waren die aufsuchenden Informationsveranstaltungen, insbesondere in Bezug auf unterrepräsentierte Gruppen, u. a. Jugendliche und Senioren. Migrantenorganisationen einzubinden ist zunächst noch nicht ausreichend gelungen.
- Einbeziehung der Bezirksbeiräte.
- Die bereits erwähnte Moderatorenausbildung für die Veranstaltungen in den Bezirken. Die VHS hat einen Kurs dazu angeboten, und es gab mehr Interessenten als Plätze. Über 50 Veranstaltungen haben im Anschluss in den Bezirken stattgefunden, bei denen man auch versucht hat, Jugendliche und Senioren stärker einzubinden. Die Beteiligungsquote der Jugendlichen konnte von drei auf acht Prozent, bei den Senioren von zehn auf 15 Prozent



gesteigert werden. Rund 1900 Menschen wurden so direkt erreicht. Die lokalen Medien in den Stadtbezirken haben in der Zeit sehr viel über das Thema berichtet.

- Die Vorschlags- und Bewertungsphase wurden zeitlich voneinander getrennt.



Zu den **Vorschlägen**, die der Arbeitskreis für den nächsten Durchlauf **2015** gemacht hat, gehören:

- Offensive Kontaktaufnahme in Stadtbezirken mit geringerer Beteiligung und Durchführung von Veranstaltungen.
- Die jeweils am besten bewerteten zwei Vorschläge pro Stadtbezirk sind automatisch auf einer Setzliste auszuweisen und zu kommentieren. Sie sollte ebenfalls der Politik vorgelegt werden (neben der allgemeinen Rankingliste).
- Einplanung einer Diskussionsphase zwischen der Einreichung von Vorschlägen und der Bewertungsphase.
- Es braucht formulierte Spielregeln für die Teilnahme, um Missbrauch vorzubeugen (z. B. Negativbewertung aller Vorschläge außer des eigenen).

## Diskussion

In der anschließenden Diskussionsrunde schlug eine Teilnehmerin den Stuttgartern vor, gezielt Migranten für die Multiplikatoren-Arbeit anzusprechen. So sei es einfacher, auch diese Zielgruppe zu erreichen. Der Vorschlag wurde sehr positiv aufgenommen.

„Worauf ist die Verdreifachung der Teilnehmer zurückzuführen?“, wollte ein anderer Teilnehmer wissen. Heinrich Schneider meinte, dass vermutlich das Aufsuchen der Stadtbezirke dazu beigetragen hat, ebenso wie die Ansprache von Vereinen, Verbänden usw. Beim zweiten Mal hätte zudem mehr Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden können. Dorothee Reick ergänzte, dass man beim zweiten Mal mehr Vorlaufzeit gehabt und genutzt hatte und dass es große Mengen an Unterschriftenlisten gab, die die Zahl nach oben getrieben hätten.

Die Anwesenden diskutierten abschließend, welche guten Ideen und Punkte man zur Motivation und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger nach den Präsentationen und Gesprächen festhalten könnte.



## Ergebnisse der Arbeitsgruppe:

- Wie motivieren?
  - Durch den Erwerb neuer Kenntnisse mithilfe der Ausbildung zu Multiplikatoren (VHS-Kurs) als persönliche Bereicherung
  - Den lokalen Bezug/das Wohnumfeld stärker in den Blick nehmen

- Positive Rückmeldungen geben, wenn Vorschläge aufgenommen wurden
  - Eine offene, offensive Verwaltung für das Thema
  - Den Aspekt der politischen Bildung stärken
- Wie einbeziehen/ansprechen?
- Kostenfreie Schulungsangebote für Multiplikatoren durch die VHS
  - Vielfältige und breite Öffentlichkeitsarbeit
  - Nutzung und Stärkung lokaler Strukturen und Gruppen (in den Stadtteilen)
  - Nutzen persönlicher Kontakte (z. B. zu Schulen)
  - Unterschriftenlisten zulassen, doch das ist ambivalent, da organisierte Gruppen bevorzugt werden

## Abschluss und Ausblick auf das nächste Treffen

Zum Abschluss sammelte Moderator Ludwig Weitz **Wünsche und Anregungen** zum nächsten, **zehnten Netzwerktreffen** im kommenden Jahr.



Als Themenwünsche nannten die Teilnehmenden:

- Bewertungssysteme für Vorschläge: Welche Erfahrungen gibt es (auch mit Unterschriftenlisten)?
- Welche Erfahrungen gibt es mit Diskussionen zu Vorschlägen (auch zur Eindämmung von zu vielen Vorschlägen)?
- Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Bürgerbeteiligung ausloten
- Analyse von gescheiterten Verfahren, um von ihnen lernen zu können
- Weiterentwicklung der Idee Bürgerfonds
- Wie lassen sich die vielfältigen Prozesse zur Bürgerbeteiligung integrieren?
- Evaluation von Bürgerhaushalten
- Das Beispiel Schülerhaushalte in Recife ausführlich vorstellen

Für die Rahmengestaltung des nächsten Treffens regten die Teilnehmenden an, wieder eine zweitägige Veranstaltung durchzuführen (je zwei halbe Tage). Weitere Ideen zum zehnjährigen Jubiläum waren, das Jubiläum für Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen, z. B. indem man einen Festakt mit Oberbürgermeistern oder anderen „Zugpferden“ für das Thema veranstaltet.

Ludwig Weitz bat noch einmal um ein Blitzlicht in Form eines kurzen Statements, was alle Teilnehmer persönlich aus dem Treffen mitnahmen, bedankte und verabschiedete sich.

Für die Veranstalterinnen verabschiedeten sich **Mandy Wagner** von der SKEW und **Svetlana Alenitskaya** von der BpB und bedankten sich für das Engagement aller, die die Tagung mitgestaltet hatten.



# Anhang

## Programm

---

Donnerstag, 19.09.2013

---

13:30 Uhr   Ankunft und Begrüßungskaffee  
14:00 Uhr   Begrüßung und Einführung  
14:15 Uhr   Einstiegsrunde: Wie sollen Bürgerhaushalte sich weiterentwickeln?  
14:45 Uhr   Ideen zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten aus wissenschaftlicher Sicht: Tobias Fuhrmann, Fernuniversität Hagen  
15:15 Uhr   Ideen zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten  
Vorstellung eines Praxisbeispiels: Bürgerhaushalt Eberswalde, Lars Stepniak  
15:45 Uhr   Kaffeepause  
16:15 Uhr   Vertiefende Diskussion und Ideensammlung zur Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten in Arbeitsgruppen  
17:45 Uhr   Präsentation und Besprechung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen  
18:30 Uhr   Abendessen  
19:30 Uhr   Informationsangebot zum internationalen Netzwerk zu partizipativer Demokratie IOPD

---

Freitag, 20.09.2013

---

09:00 Uhr   Einführung in den Tag  
09:15 Uhr   Methoden der Einbeziehung schwer erreichbarer Gruppen in Bürgerhaushalte; Beispiel aus Indonesien: Martina Neunecker, Universität Frankfurt  
10:00 Uhr   Diskussion in Arbeitsgruppen (integrierte Kaffeepause)  
AG 1: Vorstellung und Diskussion eines Online Bewertungstools für Bürgerhaushalte, Drittes Treffen der Arbeitsgruppe „Bürgerhaushalte einfach evaluieren“ (Input: Dr. Oliver Märker, ZebraLog)  
AG 2: Methoden zur Erreichung von Kindern und Jugendlichen – Beispiel Schülerhaushalte (Input: Alexander Koop, Bertelsmann Stiftung)  
AG 3: Methoden zur Motivation und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger (Input: Dorothee Reick, Stadt Stuttgart, und Heinrich Schneider, AK Bürgerhaushalt Stuttgart)  
12:00 Uhr   Präsentation und Besprechung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen  
12:45 Uhr   Abschluss und Verabschiedung  
13:00 Uhr   Mittagessen

## Glossar

AG       Arbeitsgruppe  
AK       Arbeitskreis  
BIGS     Indonesische Nichtregierungsorganisation: Bandung Institute of Governance Studies  
BpB     Bundeszentrale für politische Bildung  
IOPD    International Observatory on Participatory Democracy (internationales Netzwerk zu Bürgerhaushalten)  
NGO     Nicht-Regierungsorganisation  
SKEW    Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
VHS     Volkshochschule

## Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit. Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

### Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 30: Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Bonn, September 2013
- Nr. 29: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 – Dokumentation der Pilotphase. Bonn, Mai 2013
- Nr. 28: Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Bonn, Mai 2013
- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010

### Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 60: International Workshop 50 Municipal Climate Partnerships by 2015 – Presentation of the Joint Programmes of Action, 11th-13th June 2013, Würzburg, Germany. Documentation. Bonn, November 2013
- Nr. 59: Internationaler Auftaktworkshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ – Phase

II: Lateinamerika, 26. bis 28. November 2012, La Fortuna (Costa Rica). Dokumentation. Bonn, April 2013

- Nr. 58: Drittes Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika. Dokumentation vom 15. November 2012. Bonn, Februar 2013
- Nr. 57: Pressespiegel 2012
- Nr. 56: Achstes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 22./23. Mai 2012. Bonn, September 2012
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011

### Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unser Profil. Bonn 2012
- Unsere Strategie. Bonn 2010
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle, Bonn 2012 [Deutsch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch]
- Kommunale Partnerschaften. Vernetzt in der globalisierten Welt. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 04/2013 von welt-sichten)
- Migranten als Brückenbauer. Das entwicklungspolitische Engagement von Migrantenorganisationen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 09/2013 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen **\*\*\*Eine-Welt-Nachrichten\*\*\*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de).

# ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter ihrem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen.

Mit Engagement Global gibt es erstmalig in Deutschland eine zentrale Anlaufstelle für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements sowie der Informations- und Bildungsarbeit.

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement, private Träger und Einrichtungen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen, Lehrer und Schüler finden

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Mit dem Ministerium teilt Engagement Global das Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen.

Engagement Global ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH). Sie hat ihren Sitz in Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Telefon +49 228 20 717-0  
Telefax +49 228 20 717-150  
[info@engagement-global.de](mailto:info@engagement-global.de)  
[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)  
[www.facebook.com/engagement-global](https://www.facebook.com/engagement-global)  
[www.twitter.com/EngGlobal](https://www.twitter.com/EngGlobal)  
Infotelefon 0800 188 7 188

## SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • +49 228 20717-0

### Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen?

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

### Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partner im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperthen in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

### Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

### Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de) und Internetportale, beispielsweise [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org),
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG



Deutscher  
Städtetag



DStGB  
Deutscher Städte-  
und Gemeindebund



Rat der Gemeinden und Regionen Europas  
Deutsche Sektion

EINE WELT.  
ONE WORLD.  
UN SEUL MONDE.  
BONN.



DORTMUND



Landeshauptstadt  
München



stadt wermelskirchen  
*der richtige ort.*



Auswärtiges Amt



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion



DGB



d.i.e.

Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik



German Development  
Institute



UNESCO  
Deutsche  
UNESCO-Kommission e.V.



DIÖZESAN  
RAT DER KATHOLIKEN  
IM ERZBISTUM KÖLN



FORUM DER  
KULTUREN  
STUTTGART E. V.



Rat für  
NACHHALTIGE  
Entwicklung



VENRO  
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITISCHE  
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-  
ORGANISATIONEN E. V.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

**Unter Mitwirkung:** Land Mecklenburg-Vorpommern, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Stadt Bonn, Stadt Dortmund, Main-Kinzig-Kreis, Stadt München, Stadt Wermelskirchen, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Diözesanrat der Katholischen Kirche, Forum der Kulturen Stuttgart e.V., Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.